

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Wissen und Verantwortung	2
Abstract	3
A Historische Dokumentation	5
A 1 Ständige Ausstellung.....	5
A 2 Wechselausstellungen	19
A 3 Publikationen.....	19
B Bildung	20
C Forschung	21
D Erinnern und Gedenken	22
E Struktur	23
E 1 Rechtsform, Organe und Gremien.....	23
E 2 Leitung	23
E 3 Ressorts	23
E 4 Standort und Raumprogramm	23
F Implementierung	24
G Anhänge	25
G 1 Raumprogramm.....	25
G 2 Dokumentation Offenes Forum.....	28
G 3 Orientierungspunkte für eine Kostenschätzung.....	35

Wissen und Verantwortung

Der Zweite Weltkrieg und die Verbrechen der Deutschen prägen Europa bis heute. Etwa 230 Millionen Menschen in heute 27 europäischen Staaten haben unter der von extremer Gewalt geprägten deutschen Besatzung gelebt. Der Großteil der vielen Millionen Toten waren Zivilistinnen und Zivilisten. Der Gewalt lag eine radikale Rassenideologie zugrunde. Deren genozidale Umsetzung ist in der Geschichte beispiellos.

In Deutschland ist das Wissen über die deutsche Kriegführung und die deutsche Gewaltherrschaft außerhalb wissenschaftlicher Kontexte gering. Dies steht in starkem Kontrast zur zentralen Bedeutung, die der Krieg und die Besatzung für die ehemals besetzten Länder hat und für die Bevölkerungsgruppen, die von gewaltsamer Verfolgung betroffen waren. Die Errichtung des Dokumentationszentrums «Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa» (ZWBE) wirkt diesem Widerspruch entgegen.

In der Errichtung des Dokumentationszentrums findet die Entschlossenheit des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung unter Federführung des Deutschen Historischen Museums einen weiteren und neuen Ausdruck, sich auch in Zukunft und vertieft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit kritisch und produktiv auseinanderzusetzen.

Am 9. Oktober 2020 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, die Planungen zu einem neuen Zentrum in Berlin zu beginnen, das die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa während des Zweiten Weltkrieges dokumentiert, Wissen über die historischen Ereignisse vermittelt und Raum für Gedenken an die Opfer gibt. Das Parlament hat damit vielfältige Initiativen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik aufgegriffen, 75 Jahre nach Kriegsende die bis heute nachwirkenden Erfahrungen der von Deutschland besetzten Länder in ganz Europa umfassend zu würdigen. Mit diesem Beschluss hat die Bundesregierung den Auftrag erhalten, für den Bundestag einen Realisierungsvorschlag für die Errichtung des neuen Dokumentationszentrums zu erarbeiten. Die Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters hat das Deutsche Historische Museum (DHM) am 4. Januar 2021 mit der Erstellung des Realisierungsvorschlags betraut.

Das DHM hat für die Konzeptualisierung des hier zur Realisierung vorgeschlagenen Dokumentationszentrums ZWBE eine Stabsstelle geschaffen, die unmittelbar beim Präsidenten des DHM, Prof. Dr. Raphael Gross, angesiedelt ist und mit ihm zusammen das Projekt betreut.

Ebenfalls wurden zwei Expertengruppen gebildet, die die Arbeit am Realisierungsvorschlag regelmäßig begleitet haben. In der Arbeitsgruppe Wissenschaft sind herausragende Historikerinnen und Historiker aus verschiedenen Ländern versammelt, die über umfangreiche Expertise zu den Themen Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, Holocaust und deutsche Besatzung Europas verfügen. In der Arbeitsgruppe Erinnern und Gedenken haben namhafte Leiterinnen und Leiter bestehender Gedenkstätten in Deutschland ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt.

Das DHM hat für die Erarbeitung des Realisierungsvorschlags konsequent das Gespräch mit Opfervertretungen, Opferverbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen in ganz Europa gesucht. In einer Reihe von Offenen Foren wurde ein Dialog begonnen, der am zukünftigen Dokumentationszentrum im Rahmen des *Forums Europäische Erinnerung* verstetigt und fortgesetzt werden soll.

Das im Folgenden skizzierte Dokumentationszentrum ZWBE fügt sich dabei in die bestehende Gedenkstättenlandschaft im Berliner Raum ein und arbeitet mit den etablierten Institutionen zusammen. Es verfolgt das Ziel, die Arbeit der bestehenden Gedenkstätten mit ihrem Alleinstellungsmerkmal als historische Orte zu unterstützen, die Auseinandersetzung mit diesen historischen Orten zu stärken und damit die Sichtbarkeit des Themas Nationalsozialismus gemeinsam weiter zu erhöhen. Das Deutsche Historische Museum ist auch in Zukunft bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

Abstract

Wissen und Verantwortung

Das in Berlin zu gründende Dokumentationszentrum soll die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa darstellen. Schwerpunkt wird die Erfahrung und das Leid der Opfer sein. Diese Perspektive wird es ermöglichen, die europäische Gegenwart neu und besser zu verstehen.

A Historische Dokumentation

Das Dokumentationszentrum ZWBE wird eine Ständige Ausstellung zeigen, die durch Wechselausstellungen ergänzt wird. Während die Ständige Ausstellung auf die Jahre 1939 bis 1945 fokussiert, erfassen die Wechselausstellungen darüber hinaus Dimensionen dieser Geschichte, die bis in die Gegenwart hineinreichen oder auch die Vorgeschichte in den Blick nehmen.

Die Ständige Ausstellung nimmt eine in Deutschland und Europa einmalige Perspektive ein. Sie erfasst erstmals das besetzte Europa in seiner ganzen geographischen Breite und historischen Unterschiedlichkeit. Sie kontrastiert das ideologisch motivierte Handeln der deutschen Besatzer mit der Gewalterfahrung und den Reaktionen der Besetzten. Damit wird die deutsche Besatzung als zentrale Erfahrung der europäischen Nachbarinnen und Nachbarn anerkennen.

Die Ständige Ausstellung geht dabei länderübergreifend und thematisch gegliedert vor. So werden unterschiedliche Erfahrungen der Besetzten deutlich. Gruppen von Täterinnen und Tätern werden erkennbar, wie auch ihre nationalsozialistische Ideologie.

Die Wechselausstellungen werden sich mit der dynamischen Erinnerungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges sowie mit der Vor- und Wirkungsgeschichte der deutschen Besatzung Europas beschäftigen. Gleichzeitig werden Themen der Ständigen Ausstellung vertieft.

Das ZWBE wird sich mit einem mehrsprachigen Publikationsangebot online und im Printformat an eine internationale Öffentlichkeit wenden.

B Bildung

Das ZWBE bietet ein museumspädagogisches Programm. Es richtet sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler und berücksichtigt die Anforderungen der Migrationsgesellschaft. Ergänzt wird dies durch Outreach-Programme zu historischen Orten und den sie betreuenden Gedenkstätten in Deutschland und Europa, durch zielgruppenspezifische Fortbildungsangebote und ein Online-Bildungsangebot. Alle Formate sind den Grundsätzen forschendes Lernen, Mehrsprachigkeit und Niederschwelligkeit verpflichtet. Für die breitere Öffentlichkeit führt das ZWBE ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm durch.

C Forschung

Zentraler Auftrag des ZWBE ist die Erforschung der europäischen Geschichte der Jahre 1939 bis 1945 mit besonderem Schwerpunkt auf der Geschichte der von Deutschland besetzten Länder. Für die historischen Ausstellungen wird die Errichtung einer eigenen Sammlung benötigt. Diese kann in enger Verbindung und unter Nutzung von Synergien mit der bereits bestehenden bedeutenden historischen Sammlung des DHM aufgebaut werden.

Internationale Forschung zu dem Thema erweitert das Wissen um Geschichte und Folgen des Zweiten Weltkrieges und stärkt die gerade heute so dringliche Verständigung über die europäische Gegenwart.

Zentrales Mittel hierzu kann ein internationales Fellowship-Programm sein, das diesen Austausch ermöglicht und für die eigene Arbeit des ZWBE produktiv macht. Das ZWBE führt zu diesem Zweck Tagungen durch und stellt Sammlung, Archiv und Bibliothek der internationalen Forschung zur Verfügung.

D Erinnern und Gedenken

Das ZWBE entwickelt ein Konzept für individuelle Reflexion und individuelles Gedenken in seinem zukünftigen Haus. Gleichzeitig macht es ein explizites Partizipationsangebot an die europäische Zivilgesellschaft und insbesondere an die Verbände der Opfer und ihrer Nachkommen im Rahmen des *Forums Europäische Erinnerung*.

E Struktur

Der Deutsche Bundestag errichtet die unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts Dokumentationszentrum «Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa» unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Das Kuratorium der Stiftung DHM ist ebenfalls für die Stiftung Dokumentationszentrum ZWBE zuständig. Es besetzt die Leitung der Stiftung Dokumentationszentrum ZWBE auf Grundlage eines Vorschlags des Stiftungspräsidenten DHM. Ebenso beruft das Kuratorium auf Vorschlag des Stiftungspräsidenten DHM die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beraterkreises und des *Forums Europäische Erinnerung* des ZWBE.

Das ZWBE erhält einen eigenen Standort außerhalb der Gebäude des DHM in der Mitte Berlins. Das Raumprogramm des ZWBE mit Räumen für die Ständige Ausstellung, Wechselausstellungen, Veranstaltungen, Tagungen und das Bildungsprogramm sowie für Direktion, Mitarbeiterstab und Fellows geht von 15.000 m² Nutzfläche aus.

F Implementierung

Das DHM bereitet die Gründung der unselbständigen Stiftung Dokumentationszentrum «Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa» vor und stellt nach der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel eine schnelle Arbeitsfähigkeit des ZWBE sicher.

A Historische Dokumentation

A 1 Ständige Ausstellung

Aufgrund der Komplexität des Themas muss die Ständige Ausstellung einen thematisch-analytischen Zugang verfolgen und kann dabei nur exemplarisch vorgehen. Die in den folgenden Abschnitten erwähnten Beispiele wollen späteren kuratorischen Entscheidungen nicht vorgreifen, vielmehr einen denkbaren Weg aufzeigen. Im Folgenden wird keine Ausstellung entworfen, sondern das historische Umfeld beschrieben, aus dem Themen für eine zukünftige Ständige Ausstellung entwickelt werden können. Das thematische Programm einer Ständigen Ausstellung beginnt mit der Einführung und schließt mit dem Epilog. Ihr Hauptteil gliedert sich in zwei Querschnitte und neun Themenschwerpunkte:

1. Einführung: Europa 1939 bis 1945
2. Querschnitt: Weltbild und Gewalt
3. Themenschwerpunkte:
 - 3.1. Zwangsarbeit
 - 3.2. Lager
 - 3.3. Raub
 - 3.4. Kulturzerstörung
 - 3.5. Hunger
 - 3.6. Patientenmorde
 - 3.7. Shoah
 - 3.8. Völkermord an den Sinti und Roma
 - 3.9. Angebote und Zwang zur Beteiligung
4. Querschnitt: Widerstand
5. Epilog: Die juristische Aufarbeitung nach 1945

1. Einführung: Europa 1939 bis 1945

Die Einführung entfaltet ein Panorama des von Deutschland mit Krieg überzogenen und besetzten Europa im Zweiten Weltkrieg. Verdeutlicht werden die Dimensionen der deutschen Gewaltherrschaft über etwa 230 Millionen Menschen. Die deutsche Kriegführung und Besatzung nahmen in den Ländern verschiedene Formen an, die zeitlich versetzt waren und sich beständig veränderten. Der Kriegsverlauf mit seinen zentralen Zäsuren und Umbrüchen spielte dabei eine bedeutende Rolle, wie etwa an der unterschiedlichen Intensität der Einmarsch- und Rückzugsverbrechen der Wehrmacht gezeigt werden kann. Die unterschiedlichen Zielvorstellungen für verschiedene Regionen Europas führten zur Errichtung unterschiedlicher Formen der Besatzungsherrschaft: Zivilverwaltung, Militärverwaltung, Annexionen, abhängige (Rest-)Staatlichkeit oder die vollständige Zerschlagung staatlicher Strukturen. Jenseits der Gewaltformen, die aus kriegerischer Expansion und Besatzung resultierten, richtete sich das rassenideologische Vernichtungshandeln länderübergreifend gegen Juden wie gegen Roma und Sinti.

Mit der Auflösung hergebrachter Sicherheiten gingen lebensbestimmend Angst, Bedrohung und Willkür einher. Dadurch richtet sich der Blick explizit auf die Erfahrungen der Besetzten. Programmatisch wird so dem in Deutschland dominanten Leitbegriff des Krieges der Leitbegriff der gewaltsamen Okkupation zur Seite gestellt. Die meisten deutschen Verbrechen geschahen nicht im Zusammenhang mit Kampfhandlungen, sondern im Rahmen der deutschen Besatzungsherrschaft und der radikalen Umsetzung der Rassenideologie. Die Mehrheit der Todesopfer waren Zivilistinnen und Zivilisten. Dies gilt auch für Gebiete, in denen der Krieg immer präsent war, etwa an der Ostfront in Russland. Insbesondere die sogenannte «Partisanenbekämpfung» durch deutsche Einheiten in Polen und auf besetzten sowjetischen Gebieten, aber auch in Jugoslawien, Griechenland, Italien und Frankreich war oft nur ein Tarnbegriff für Massaker an der örtlichen Bevölkerung.

Mit dem Holocaust an den europäischen Juden und dem Völkermord an den Sinti und Roma wurden systematisch und länderübergreifend ganze Bevölkerungsgruppen ermordet. Diese beispiellosen Massenverbrechen waren ohne den Krieg und die daraus hervorgehende Machtentfaltung des nationalsozialistischen Staates über ganz Europa nicht umsetzbar. Dennoch nehmen diese Verbrechen, die nicht auf Machtherrschaft und Unterdrückung angelegt waren, sondern ausschließlich auf Vernichtung, eine singuläre Position ein. Die Shoah und der Völkermord an den Sinti und Roma werden daher in allen Themenschwerpunkten behandelt und zusätzlich in eigenständigen Bereichen thematisiert.

Das historische Geschehen während des Zweiten Weltkriegs und in den von Deutschland beherrschten Gebieten Europas in den Jahren 1939 bis 1945 lässt sich nicht in einem Begriff fassen. Es handelte sich um sehr unterschiedliche Formen der Gewalt und der Machtausübung. In ihrer Gesamtheit und Vielfältigkeit werden diese weder etwa durch den Herrschaftsbegriff Max Webers, noch durch tradierte militärhistorische Termini der Besatzung befriedigend abgebildet. Der Wunsch nach der Ermordung sämtlicher Juden Europas und der Auslöschung der polnischen Elite, von Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung und von vermeintlichen Feinden und Gegnern kann mit diesen klassischen Konzepten nicht erklärt und verstanden werden. Notwendig sind daher auch eigene Formen des Ausstellens. Es wird eine Aufgabe des zukünftigen Dokumentationszentrums ZWBE sein, die begrifflichen Grundlagen und visuellen Möglichkeiten der Darstellung im Austausch mit der internationalen Forschung und Museen weiter voranzubringen.

2. Querschnitt: Weltbild und Gewalt

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem nationalsozialistischen Weltbild und der deutschen Gewalt Herrschaft über Europa während des Zweiten Weltkrieges. Dieses Weltbild setzte sich aus einer Reihe von Hassvorstellungen zusammen, welche die unterschiedliche Intensität der Gewaltverbrechen in Europa insgesamt, aber auch innerhalb der besetzten Länder bestimmten.

Die Grundlage der gewaltsamen deutschen Expansion in Europa war der Nationalsozialismus als eine auf den Krieg ausgerichtete Ideologie. Ihr Kern war die Wahnvorstellung der Existenz verschiedener menschlicher «Rassen» mit spezifischen und unveränderlichen Eigenschaften. Dies ging einher mit der Behauptung eigener Überlegenheit, womit das Recht auf territoriale Ausdehnung und Unterwerfung der Nachbarinnen und Nachbarn begründet wurde. In Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse postulierte der Nationalsozialismus einen inneren und äußeren Existenzkampf Deutschlands gegen die zum Aggressor erklärten Juden. Zu den Versatzstücken dieses Weltbildes zählten Antisemitismus, Antikommunismus, Antiziganismus, Antislawismus und Rassismus, aber auch spezifisch nationalsozialistische Vorstellungen von Arbeit sowie die eugenische Beanspruchung der Definitionsmacht über den Wert jedes einzelnen Lebens jenseits ethischer Normen. In dieser elementaren ideologischen Verbindung sind der inhärente Vernichtungscharakter des Krieges und die Gewalthaftigkeit deutscher Besatzungsherrschaft begründet.

Das Ziel der deutschen Kriegsplanungen war eine radikale Neuordnung Europas nach rassenideologischen Kriterien. Die Formel von einem zu erkämpfenden «Lebensraum im Osten» ermöglichte Anschluss an die schon vor 1933 in der deutschen Gesellschaft zum Konsens gehörende Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages. Gleichzeitig wurde die deutsche Gesellschaft schrittweise auf den Krieg eingestimmt und die Wirtschaft konsequent auf Aufrüstung ausgerichtet. Der Angriffskrieg 1939 auf Polen wurde wahrheitswidrig als Verteidigung oder Prävention inszeniert. Desinformationen über vermeintliche Verbrechen der polnischen Seite sowie verbrecherische Befehle der Wehrmachtsführung vor und während des Krieges befeuerten Gewaltexzesse von Anbeginn an.

Die NS-Ideologie spielte auch eine Rolle dabei, wer zu Täterinnen und Tätern wurde. So richtet sich der Blick zurück in die deutsche Gesellschaft, in deren Mitte völkisches Denken bereits vor 1939 und auch vor 1933 weit verbreitet war. Gesellschaftliche Eliten, etwa aus Medizin, Justiz und Wissenschaft, bereiteten sukzessive den Boden für die Radikalisierung der Gewalt im Krieg gegen Europa. In der Umsetzung spielte das am 3. September 1939 geschaffene Reichssicherheitshauptamt eine wichtige Rolle, das die verbrecherische Eskalation sicherheitspolizeilicher Praxis auf das ganze besetzte Europa ausweitete. Dieses Thema eignet sich für einen Verweis auf die Ständige Ausstellung im Dokumentationszentrum der Stiftung Topographie des Terrors.

Der Zweite Weltkrieg unterschied sich in Legitimation und Kriegführung von allen vorherigen Kriegen in Europa. Vermeintlich durch die Rassenideologie der Nationalsozialisten gerechtfertigt, löste die deutsche Militärführung die kategorialen Unterschiede zwischen Kombattanten und Zivilisten gezielt auf. Sowohl besetzte Bevölkerungen, als auch Kriegsgefangene wurden in Missachtung des Völkerrechts zu potentiellen Opfern deutscher Täterinnen

und Täter. Dieser Vernichtungscharakter des Krieges zeigte sich in besonderer Deutlichkeit am deutschen Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen: Jüdische Armeeangehörige sowie politische Offiziere wurden unmittelbar bei Gefangennahme selektiert und zur Ermordung durch spezielle nachrückende Einheiten bestimmt. Für die große Zahl an Gefangenen hatte die Wehrmacht keine Vorbereitungen getroffen und überließ sie weitgehend ohne medizinische Fürsorge, ausreichende Ernährung oder Kleidung und häufig im Freien sich selbst. Allein im Winter 1941/42 starben so zwei Millionen Menschen unter deutscher Aufsicht. Von den insgesamt 5,7 Millionen in deutsche Gefangenschaft geratenen sowjetischen Kriegsgefangenen überlebten 3,3 Millionen nicht.

Der in Planung und Ausführung verbrecherische Charakter des Vernichtungskrieges zeigte sich schon am ersten Tag: Am 1. September 1939 wurde das zentralpolnische Wieluń zur ersten bombardierten Stadt des Krieges, kurz darauf folgten die Hauptstadt Warschau und 156 weitere Ortschaften. Die Angriffe galten nicht militärischen Zielen, sondern richteten sich gegen die Bevölkerung. Bereits in den ersten Tagen des Krieges brannten deutsche Soldaten ganze Dörfer nieder. Wo die deutschen Invasoren auf jüdische Bevölkerungen trafen, wandten sie ungehemmt Gewalt an. In Bezdin, um ein Beispiel hervorzuheben, wenige Kilometer östlich der Reichsgrenze, zündete ein deutsches «Brandkommando» am 8. September 1939 die Synagoge an, ließ das Feuer auf angrenzende Wohnhäuser übergreifen und schoss auf die vor den Flammen fliehenden Menschen. Bis zu 200 jüdische Frauen, Männer und Kinder starben in den ersten Tagen der deutschen Herrschaft über die Stadt. Den Wehrmachtseinheiten folgten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie weitere Verbände z. B. der Ordnungspolizei, die auf Grundlage des vom Reichskriminalpolizeiamtes erstellten sogenannten «Sonderfahndungsbuchs Polen» gezielt Jagd auf gesellschaftliche Eliten und weitere Bevölkerungsgruppen machten und bis zum Jahresende 1939 ca. 60.000 Zivilistinnen und Zivilisten töteten. Allein im Wald von Palmiry bei Warschau ermordeten die Deutschen bis Juli 1941 weitere 1.700 Menschen.

Die Ausstellung erklärt diese Gewaltgeschichte über einen dreigliedrigen Zugang: Sie bringt den ideologischen Ursprung (I) mit konkreten Gruppen von Täterinnen und Tätern und ihren Motiven (II) in Verbindung und trägt durch eine Darstellung der Erfahrungen der Gewaltopfer (III) zur Multiperspektivität jenseits der Fokussierung auf Täterinnen und Täter bei.

Diesen Zugriff über drei Analyseebenen wendet die Ausstellung ebenfalls auf die folgenden Radikalisierungen deutscher Kriegs- und Besatzungspraxis an. Zunächst marschierte die Wehrmacht im Jahr 1940 in Dänemark und Norwegen sowie die Niederlande, Belgien, Luxemburg und schließlich Frankreich ein. Im Balkanfeldzug vom Frühjahr 1941 dehnten die Deutschen ihre Herrschaft auf Jugoslawien und Griechenland aus. Dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 gingen schließlich umfassende Straffreiheitsgarantien für Gewaltverbrechen voraus. Die Deutschen wandten Gewalt bislang ungekannten Ausmaßes an, der allein 14 Millionen Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer fielen, und begannen damit, den «Holocaust durch Kugeln» gegen Juden und Roma ins Werk zu setzen. Auch deutsche Juden wurden zuerst auf besetztem sowjetischen bzw. zuvor von der Sowjetunion ihrerseits besetztem Gebiet ermordet. Neben dem gezielten Verhungernlassen von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener wurde abermals die Bevölkerung gezielt zu Opfern: Vitebsk und Charkiv etwa wurden als sogenannte «Hungerghettos» abgeriegelt und die Bewohner dem Hungertod überlassen. Die Ausstellung richtet dabei auch den Blick auf weniger bekannte Schauplätze, wie etwa die Massaker in Griechenland oder auf die unter der euphemistischen Chiffre «Verbrannte Erde» zusammengefasste Massengewalt in der Sowjetunion.

Die Ausstellung soll dokumentieren, wie den massenhaften Gewalterfahrungen der besetzten Bevölkerungen im östlichen und südöstlichen Europa anders strukturierte Formen der Gewaltausübung im Westen und Norden Europas entsprachen. Grundlegend dafür war wiederum die rassenideologische Hierarchie der deutschen Besatzerinnen und Besatzer, die diesen Menschen einen höheren Wert zubilligten. Trotz der rassistisch und kulturell begründeten Besserstellung, die beispielsweise in einer zunächst geplanten «Germanisierung» der Niederlande deutlich wurde, waren auch die Länder Nord- und Westeuropas einer umfassenden Zwangs- und Ausbeutungsherrschaft ausgesetzt. Das nationalsozialistische rassenideologische Phantasma einer angeblich höheren Stellung der Bevölkerungen West- und Nordeuropas schloss abermals Juden, Roma und Sinti aus. Diese wurden ins östliche Europa deportiert und dort ermordet, was deutlich macht, dass der allgemeine Befund der Abwesenheit von Massengewalt keineswegs für alle Bevölkerungsgruppen galt. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, dass die deutschen Besatzer Geislerschießungen überall in ihrem Machtbereich praktizierten.

Einen besonderen Blick eröffnet die Ausstellung auf jene besetzten Gebiete Europas, die unmittelbar an Deutschland angrenzten und *de jure* (z. B. Elsass und Ostoberschlesien) oder *de facto* (z. B. Luxemburg) vom Deutschen Reich annektiert wurden. Dort wandten die Deutschen ihre bereits vor 1939 etablierten Verfolgungspraktiken an. Unter anderem waren davon in systematischer Weise Homosexuelle und Zeugen Jehovas betroffen, die in anderen besetzten (und nicht annektierten) Gebieten nicht gezielt verfolgt wurden.

3. Themen

Thematisch werden einzelne Gewaltphänomene der deutschen Besatzungsherrschaft dargestellt. Sie stellen Orte, Zeiträume und Opfer in den Mittelpunkt, informieren über Motive der Täterinnen und Täter, Genese des Geschehens und Erfahrungen der Opfer. Folgende Schwerpunkte sind angedacht:

3.1 Zwangsarbeit

Zwangsarbeit war die zentrale Gewalterfahrung, die Menschen in ganz Europa machten. Mehr als 10 % der Besetzten waren unmittelbar davon betroffen, doch erfasste sie mittelbar, etwa durch die Zerstörung von Familien und Freundschaften, weitaus größere Teile der besetzten Gesellschaften. Die Allgegenwart von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Deutschland machte die Gewalthaftigkeit von Besatzungsherrschaft auch für die deutsche Gesellschaft unübersehbar. Zudem verdeutlicht das Thema Zwangsarbeit, wie breite gesellschaftliche Schichten in Deutschland unmittelbar davon profitierten und für diese Verbrechen Verantwortung trugen.

Bis zu 26 Millionen Menschen aus den besetzten Ländern arbeiteten – meist zwangsweise – für die deutsche Wirtschaft. Die Hälfte von ihnen, etwa 13 Millionen Menschen wurden nach Deutschland verschleppt, wo sie zum Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion im Sommer 1944 mehr als ein Viertel der Belegschaften ausmachten. Im Sommer 1943 stellten ausländische Zivilistinnen und Zivilisten die Hälfte der in der Landwirtschaft Tätigen. Dadurch wurden die Besatzungsverbrechen zum unübersehbaren Teil des Alltags der deutschen Bevölkerung, auf dem Land und in den Städten.

Weitere 13 Millionen Menschen wurden außerhalb des Deutschen Reichs zur Arbeit für Deutschland gezwungen, wobei die Spanne von der Zwangsarbeit am Heimatort bis hin zur Verschleppung quer durch Europa reichte. Beispielsweise brachte die Wehrmacht ca. 93.000 sowjetische Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in bis zu 500 Lager in Norwegen. Einen eigenen Zusammenhang von Arbeit, Ausbeutung und Vernichtung stellten die Produktionsverlagerungen deutscher Unternehmen in die besetzten Gebiete dar, wofür die Niederlassung der Aktiengesellschaft IG Farben in Auschwitz-Monowitz stand.

Die schrittweisen Grenzverschiebungen zwischen freien Arbeitsverhältnissen, Arbeitspflicht und Zwangsarbeit verdeutlicht der Fall Frankreichs. Wie in vielen anderen Ländern Europas folgte auf die Besetzung Massenarbeitslosigkeit, woran weder die Arbeitsverwaltungen noch der deutsche Militärbefehlshaber Interesse hatten. Für betroffene Arbeitnehmer erschienen daher die deutschen Angebote zu Beginn durchaus attraktiv. Auch zur Arbeit in Deutschland meldeten sich Franzosen zunächst freiwillig, wenngleich weit weniger als erhofft: Lohn und Arbeitsbedingungen entsprachen weitgehend denen deutscher Belegschaften, doch wurden sie meist unterhalb ihrer Qualifikation eingesetzt und waren durch die Form der Lagerunterbringung in ihrer Freiheit außerhalb der Arbeitszeiten eingeschränkt. Deutsche Forderungen nach Arbeitskräften versuchte das Vichy-Regime zudem mit in Arbeitslagern internierten Ausländerinnen und Ausländern, wie beispielsweise geflüchteten kommunistischen Spanierinnen und Spanier oder osteuropäischen Jüdinnen und Juden, zu erfüllen. Dennoch stellte sich ab 1941 immer deutlicher heraus, dass freiwillige Maßnahmen die Anforderungen nicht bedienen konnten, so dass von deutscher wie französischer Seite schließlich Zwangsmittel eingesetzt wurden. Im September 1942 wurde deshalb eine Dienstpflicht eingeführt, die Männer im Alter zwischen 18 und 50 Jahren sowie ledige Frauen zwischen 21 und 35 Jahren umfasste. Im Februar 1943 folgte der «Service de travail obligatoire» als Instrument zur zwangsweisen Verpflichtung französischer Facharbeiter nach Deutschland. Kumulativ hatten sich so in Reaktion auf den Kriegsverlauf und den deutschen Arbeitskräftebedarf freiwillige Arbeitsverhältnisse in Zwangsarbeit verwandelt, die im schlimmsten Fall mit einem hohen Todesrisiko verbunden sein konnte. Insgesamt lag die Überlebensrate jedoch bei 98 %, was einen bedeutenden Unterschied zur Sklavenarbeit mit hoher Sterblichkeit ausmacht, zu der beispielsweise die Arbeit sowjetischer und jüdischer polnischer Kriegsgefangener oder in einer Reihe von Arbeiterziehungslagern zählt.

Damit ist in groben Zügen umrissen, dass die Bandbreite dessen, was mit Zwangsarbeit bezeichnet wird, im Hinblick auf betroffene Personengruppen (Frauen, Männer, Jugendliche, Kinder), Einsatzorte, zugewiesene Tätigkeiten, Rekrutierungswege, Unterbringung, Versorgung und Lebensbedingungen ausgesprochen unterschiedlich war. Der Themenschwerpunkt der Ausstellung vermittelt dieses Spektrum, indem Zwangsarbeit auf besetztem Gebiet (z. B. «Zwangsarbeitslager für Juden» im Generalgouvernement), zwischen verschiedenen Ländern (beispielsweise der erwähnte Zwangseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in Norwegen) und im Deutschen Reich (z. B. forcierte Entlassung polnischer Kriegsgefangener aus dem Soldatenstatus zwecks Arbeitseinsatzes) vorgestellt werden. Freiwillige, oft auf falschen Versprechen gegründete Anwerbungen sind ebenso Teil der Darstellung wie gewaltsame Verschleppungen mittels Razzien im öffentlichen Raum oder in Betrieben. Als Auftraggeber werden

Industrieunternehmen aller Art, Handwerksbetriebe und die Landwirtschaft, aber auch Kommunen und Privathaushalte benannt. Die Rolle von Reichsministerien und deutschen Arbeitsämtern wird beleuchtet. Es wird gezeigt, wie die Art der Unterkunft (Lager, betriebliche Unterkünfte, Höfe, Privathaushalte) einerseits Rückzugsmöglichkeiten bot, und andererseits das Ausgeliefertsein gegenüber Misshandlungen und sexuellen Übergriffen bedingte. In diesem Zusammenhang wäre, beispielsweise über den thematischen Zugriff der dort untergebrachten «italienischen Militärinternierten», ein Verweis auf einen historischen Ort in Berlin, das heutige Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide, sinnvoll. An einem konkreten Beispiel der Abgabepflicht eines Zwangsarbeiters könnte außerdem nachvollzogen werden, wie staatliche Akteure, vor allem aus der Finanzverwaltung und der Sozialversicherung, sich an der mehrstufigen wirtschaftlichen Ausbeutung beteiligten (Sozialausgleichsabgabe, Steuerklasseneingruppierung, Einzug ins Herkunftsland überwiesener Lohnanteile als außerordentliche Staatseinnahmen).

Weiterhin ist das zunehmend umfassende Disziplinierungsregime Thema, dem die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter unterworfen wurden und das Arbeitgeber, Wachschutz, Polizei, Justiz und Gestapo ins Werk setzten. Dabei kaschierten Euphemismen wie etwa «Arbeitserziehungslager» den spezifisch nationalsozialistischen Verfolgungscharakter und stigmatisierten die Opfer oftmals weit über das Kriegsende hinaus. In der Endphase des Krieges konnten selbst geringe Vergehen mit dem Tod bestraft werden. Der menschenverachtende Charakter von Zwangsarbeit wird exemplarisch plastisch gemacht: Fehlen jeglicher Arbeitsschutzmaßnahmen, unzureichende medizinische Versorgung bei Arbeitsunfällen, kaum Luftschutz, Einsatz von KZ-Außenkommandos zur Bombentrümmerräumung in deutschen Städten, Misshandlung lokaler Kräfte als lebende Minensucher durch die Wehrmacht.

So wird gezeigt, dass Zwangsarbeit nicht allein aus einem Arbeitszwang bestand, sondern für die Betroffenen mit dem Abbruch ihres bisherigen Lebens, Verschleppung, Entmündigung, Unfreiheit und permanenter Gewaltandrohung bis hin zur Todesgefahr verbunden war. Zur Zwangsarbeit wurden bereits Kinder und Jugendliche verpflichtet. Die rechtlose Situation von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern begünstigte, dass sie zu Opfern von Übergriffen, auch sexualisierten Übergriffen, wurden. Schwangere ausländische Zwangsarbeiterinnen wurden in der Regel zur Abtreibung gezwungen, bzw. wurden ihre Säuglinge in betriebsnahen sogenannten «Ausländerkinder-Pflegestätten» in Deutschland qualvoll zu Tode gehungert.

Bei der Mehrheit der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter handelte es sich um junge Menschen. Oftmals versuchten sie, den Kontakt nach Hause zu halten, neue Netzwerke zu knüpfen und sich durch Nischen der Selbstbestimmung dem permanenten Zugriff der Deutschen zu entziehen. Davon zeugen Briefe, Fotografien und vielfältige Alltagsobjekte. Justizakten wiederum unterstreichen, wie schnell sie bei diesen Versuchen in Konflikt mit den Vorstellungen deutscher Behörden und Privatpersonen gerieten.

3.2 Lager

Lager gehörten überall in Europa zur Realität deutscher Gewaltherrschaft. In diesem Themenfeld geht es um Dimensionen, Typologien und Opfer und somit um Lager als spezifisch nationalsozialistische Elemente deutscher Verbrechen in ganz Europa.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Shoah erkannte der polnisch-jüdische Historiker Filip Friedman nach dem Zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit einer neuen wissenschaftlichen Disziplin. Diese «obozologia», ins Deutsche übertragen etwa «Lagerwissenschaft», solle die unzähligen Lager untersuchen, die die Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten in genozidaler Absicht errichteten und betrieben. Weitet man die Perspektive auf die Vielzahl von Verfolgungs- und Verbrechenskontexten unter deutscher Besatzungsherrschaft, bestätigt sich der Befund der Unübersichtlichkeit umso mehr. An dieser Stelle setzt die Ausstellung an und eröffnet den Besucherinnen und Besuchern, die meist nur eine Gedenkstätte an einem historischen Ort besucht haben werden, eine Perspektive auf die Lager im besetzten Europa.

Allein das Haftstättenverzeichnis der Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft», das für die Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den 2000er-Jahren angelegt wurde, enthält mehr als 3.800 Einträge. Die tatsächliche Zahl dürfte sogar noch höher liegen. Die Ausstellung vermittelt ein Bewusstsein für diese Dimensionen. Über eine Typologie werden räumliche und zeitliche Dynamiken von Lagern mit konkreten deutschen Verbrechen verknüpft. Auf diese Weise werden die verschiedenen Funktionen von Lagern beleuchtet, die sich teilweise überlappten, im zeitlichen Verlauf änderten und radikalisierten: Isolierung, Repression, Arbeit, Vernichtung.

Ein evidenten Beispiel dafür wären die – in der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht hinreichend bekannten – Vernichtungslager der sogenannten «Aktion Reinhardt» oder aber die zunehmende Zahl an Unterkünften aller Art für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Deutschen Reich, wozu auch die ausufernden, von immer höheren Sterblichkeitsraten gekennzeichneten Disziplinierungsstätten wie «Arbeitserziehungslager» und «Erweiterte Polizeifängnisse» gehörten. Anhand von «Lagerbiographien», d. h. der Darstellung der Odyssee Verschleppter von Haftstätte zu Haftstätte, kann einerseits die Vielzahl von Lagern auf besetztem Gebiet und in Deutschland abgebildet und andererseits die Frage fluider Lagertypen behandelt werden, und zwar auch aus der Perspektive der Opfer.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, an bereits sicher geglaubtes Wissen der Besucherinnen und Besucher anzuknüpfen und «Auschwitz» – die im Westen dominierende Chiffre für den Holocaust – als eigenen Lagerkosmos im Besatzungskontext zu verorten. In der polnischen Kleinstadt Oświęcim, die unter dem Namen Auschwitz von Deutschland annektiert worden war, ordnete Heinrich Himmler am 27. April 1940 die Errichtung des siebten deutschen Konzentrationslagers (Stammlager, Auschwitz I) an. Ein gut erhaltenes ehemaliges Kasernengelände der polnischen Armee sowie die Lage an einem Bahnknotenpunkt mit Anbindungen in alle Himmelsrichtungen gaben bei der Standortwahl den Ausschlag. Am 14. Juni 1940 traf der erste Transport mit 1.000 polnischen politischen Häftlingen aus Tarnów ein. Abgesehen von wenigen deutschen Funktionshäftlingen waren die Insassen zunächst nahezu ausschließlich Polinnen und Polen, darunter auch Jüdinnen und Juden – 1941 etwa 1.255 von 17.270. Deren Inhaftierung war aber noch nicht rassenideologisch, sondern genauso «politisch» und damit amorph motiviert wie diejenige der nichtjüdischen Polen: Dazu gehörten Angehörige der Intelligenz, zufällig bei Razzien Festgenommene, als «Geiseln» Inhaftierte. Viele starben durch Folter, Unterernährung oder Erschießung. Himmler entschied 1941 die Aufstockung der Häftlingskapazität und die IG Farben ließ im wenige Kilometer entfernten Monowitz die Buna-Werke mitsamt Lager durch von der SS gegen Bezahlung gestellte KZ-Häftlinge errichten (Auschwitz III).

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde im September 1941 der Einsatz von Zyklon B zur Massentötung in Auschwitz erprobt: Dazu wurden Hunderte sowjetische Kriegsgefangene und etwa 250 Häftlinge des Stammlagers in den Kellerräumen einer Baracke ermordet. Im Oktober 1941 kamen 10.000 gefangene Rotarmisten mit dem Befehl an, im nahen Brzezinka ein Barackenlager mit Platz für 100.000 sowjetische Kriegsgefangene zu bauen (Auschwitz-Birkenau, Auschwitz II). Doch parallel dazu fiel die Entscheidung, die europäischen Juden zu ermorden, wobei Auschwitz eine zentrale Rolle spielen sollte. Zu Beginn des Jahres 1942 ließ Kommandant Rudolf Höß in Auschwitz-Birkenau zwei bestehende Gebäude zu Gaskammern umbauen. Die ersten Opfer waren Jüdinnen und Juden aus angrenzenden Gebieten: Ostoberschlesien, Generalgouvernement, Protektorat Böhmen und Mähren. Ab März 1942 begann mit Transporten aus der Slowakei und Frankreich der industrielle Massentörmord von Jüdinnen und Juden aus nahezu allen besetzten Gebieten und Deutschland, von Norwegen bis Griechenland. Insgesamt wurden geschätzte 1,3 Millionen Menschen nach Auschwitz deportiert, wovon 900.000 Menschen gar nicht erst registriert, sondern unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet wurden. Etwa 200.000 weitere Menschen starben zu einem späteren Zeitpunkt an Entkräftung, Krankheiten oder in den Gaskammern. Jüdinnen und Juden machten 90 % der Opfer aus. Auf dem Gelände des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau bestand ab 1943 im «Block BIIb» das sogenannte «Familienlager», wo aus dem KZ Theresienstadt überstellte Männer, Frauen und Kinder entgegen des gewöhnlichen Lagerusus zusammenlebten. Von den 18.000 Menschen wurden 10.000 ermordet. Zudem befand sich im «Block BIIe» ein «Zigeunerlager Auschwitz» genanntes Teillager für Sinti und Roma, die überwiegend aus Deutschland und Österreich kamen. Am 16. Mai 1944 sollte es aufgelöst werden und die dort gefangenen Menschen leisteten heftigen Widerstand. In der Folge wurden diejenigen Frauen und Männer, die zu Arbeit (und potentiell auch Widerstand) fähig waren, in andere Lager verschleppt. Am 2. August 1944 verließ der letzte dieser Transporte Auschwitz, woraufhin in der Nacht die 4.300 im Teillager verbliebenen Menschen in den Gaskammern des Krematoriums V ermordet wurden. Seit 2015 ist daher der 2. August der Europäische Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma. 22.600 von ihnen wurden nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wovon 19.300 Menschen nicht überlebten.

Zum Lagersystem Auschwitz gehörten etwa 50 Außenlager in der näheren und weiteren Umgebung, die der Zwangsarbeit dienten. Zudem siedelten sich um die Buna-Werke herum weitere Lager für Kriegsgefangene an. Zeitweise bestand auch ein «Arbeitserziehungslager Auschwitz» der Gestapo für vor allem polnische Arbeitskräfte aus Industrie und Bergbau in Oberschlesien. Daneben diente Auschwitz laufend als Vollstreckungsort für Todesurteile verschiedener Gerichte. Neben der offenkundigen Bedeutung von Auschwitz für die Ermordung der europäischen Juden verweist seine Geschichte zugleich auf besatzungsbezogene Verbrechen, die von Repression

über Zwangsgermanisierung bis hin zu Zwangsarbeit reichen. Die europaweiten Transporte mitsamt den unzähligen daran Beteiligten sowie die Lage innerhalb der gewaltsam erweiterten Reichsgrenzen widerlegen zudem die Vorstellung von heimlich «im Osten» begangenen Verbrechen.

Ein solcher Zugriff auf das Thema Lager ermöglicht, die Besucherinnen und Besucher mit einem vermeintlich vertrauten Thema auf eine Art und Weise bekannt zu machen, die ihnen neue Perspektiven erschließt. Der Einblick in die Situation der Gefangenen ermöglicht es, die Haft-, Arbeits- und Versorgungsbedingungen sowie die radikal ungleich verteilten Überlebenschancen zu verstehen. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Erfahrungsgeschichte der Gefangenen und die hohe Sichtbarkeit der Lager für das jeweilige Umfeld.

Es wird dadurch auf anschauliche Weise deutlich, weshalb die authentischen Lagerorte als Orte verdichteter Gewaltgeschichte zum Erbe Europas gehören, das es zu bewahren gilt. Insofern ergreift das Ausstellungskapitel auch Partei für eine dauerhafte und nachhaltige Stärkung von Gedenkstätten an historischen Orten in ganz Europa.

3.3 Raub

Raub und Ausplünderung durch die Besatzerinnen und Besatzer waren Teil der deutschen Kriegspolitik und stehen für eine bis heute etwa in Restitutions- und Reparationsforderungen gegenwärtige Erfahrung der besetzten Länder. Erbeutet wurde alles, was von Nutzen für die Kriegswirtschaft, die Versorgung der Wehrmacht und der eigenen Bevölkerung war: Nahrungsmittel, Rohstoffe, Bodenschätze, Goldreserven, Öl, Staatsvermögen, Infrastrukturen, Kunstwerke, Land und Menschen.

Die Deutsche Wochenschau Nr. 632 aus dem Oktober 1942 stand ganz im Zeichen des Erntedanks. Unter anderem wurde die Ankunft eines Zuges gezeigt, an dessen Waggons Schilder mit der Aufschrift «Erste Lebensmittel-Sendung Ukraine-Berlin» angebracht waren. Die 50 Wagen enthielten je 200 Zentner Lebensmittel, zusammen also 500 Tonnen, darunter 2.000 Hühner und 230.000 Eier. Im vierten Kriegsjahr, so die Wochenschau, habe sich die Ernährung des deutschen Volkes erheblich gebessert. Die vermeintliche Spende jedoch war Teil einer umfassenden und rücksichtslosen Raubpolitik, mit der Deutschland die von ihm besetzten Gebiete überzog. In der – selbst nach Ansicht der deutschen Besatzungsbehörden «kahlgefressenen» – Ukraine zog der Lebensmittelraub eine Hungersnot und ungezählte Tote nach sich. In den «beschenkten» Berliner Reservelazaretten, Kantinen und Werkküchen wurde buchstäblich das für die Ukraine überlebensnotwendige Essen verzehrt.

Vor der rassenideologisch begründeten gewaltsamen Eroberung Europas stand Deutschland am Rande eines Staatsbankrotts. Die umfassende Aufrüstung und kostenintensive sozialpolitische Maßnahmen der 1930er Jahre führten zu einem ökonomischen Druck, der die Ausbeutung der besetzten Gebiete auf die deutsche Agenda brachte. An der Umsetzung dieser Raubpolitik, die mit der systematischen Enteignung jüdischen Eigentums begann, beteiligten sich neben staatlichen Akteuren auch viele gesellschaftliche Gruppen: Auf besetztes Gebiet entsandte deutsche Verwaltungsangehörige richteten ihre durch Beschlagnahme erworbenen Wohnungen mit geraubtem Mobiliar ein, die Reichsbank schuf mit den sogenannten «Reichskreditkassenscheinen» die Grundlage für scheinlegale Devisengeschäfte zu Lasten der besetzten Länder, deutsche Unternehmen und Privatpersonen kauften auf verbrecherischer Grundlage Unternehmen in den besetzten Gebieten auf oder ließen sich als vermeintliche «Treuhänder» einsetzen.

Kunsthistoriker setzten ihre Expertise zur Umsetzung eines kontinentalen Kunstraubs ein, was in der Öffentlichkeit seit den Restitutionsdebatten im Gefolge der Washingtoner Erklärung (1998) in Ansätzen bekannt ist, wenn gleich eine Wahrnehmung im Kontext der Verfolgung deutscher Jüdinnen und Juden vor 1939 nach wie vor dominiert. Hier setzt die Ausstellung an und dokumentiert den Kunstraub in ganz Europa. Kunstsammlungen in privater Hand und staatlichen Museen wurden von den Deutschen geplündert: Dem Raub in Westeuropa werden Fälle aus dem östlichen Europa gegenübergestellt, z. B. das Privatmuseum einer polnischen Adelsfamilie, das Lanckoroński-Palais in Wien. Hier ermöglichte der von den Deutschen behauptete Wegfall polnischer Staatlichkeit den Raub; die Ausstellung kann so transterritoriale Bezüge herstellen.

Für diesen Aspekt steht auch die Geschichte des berühmten Genter Altars im Zweiten Weltkrieg. Das in seiner Entstehungszeit um 1432 revolutionäre Kunstwerk der Brüder Jan und Hubert Van Eyck hatte bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich, als 1940 mit dem deutschen Angriff auf Belgien seine physische Existenz auf dem Spiel stand. Die belgische Regierung ordnete deshalb die sofortige Evakuierung des Altars an. Auf einem Lastwagen wurden seine einzelnen Bildtafeln nach Südfrankreich transportiert und durchquerten dabei einen Frontabschnitt. Unversehrt erreichte der Konvoi das Schloss Pau am Fuße der Pyrenäen, einen Auslagerungsort des Pariser Louvre. Das Ziel schien entlegen genug, um Schutz vor einem deutschen Zugriff zu bieten, was sich allerdings als Fehlannahme herausstellte. In einem hochkomplizierten Prozess, an dem eine Vielzahl deutscher und französ-

sischer Dienststellen und Kunsthistoriker beteiligt war, kam es 1942 zur Verbringung des Altars nach Neuschwanstein. 1944 ging er in das Depot im Salzbergwerk Altaussee über. Von diesem Verwahrort erfuhren zwei Angehörige der «Monuments, Fine Arts, and Archives Section» der US-Armee eher zufällig im Frühjahr 1945. Der Altar kehrte über Zwischenstationen im «Central Collecting Point» in München und im Königlichen Museum Brüssel im November 1945 nach Gent zurück.

Dieser spezielle Fall zeigt die Macht, die beispielsweise deutsche Kunsthistoriker während des Krieges in Europa ausübten. Die Kriegsbiographien dieser Akteure zeugen von der ungehemmten Bereitschaft zur Beteiligung an einem Raubzug im Westen und im Osten Europas, den sie euphemistisch zu «Kunstschutz» erklärten. Aber es waren auch einfache Soldaten, die etwa im Bernsteinzimmer des Katharinenpalasts bei Leningrad einzelne Intarsien herausbrachen und sich als Souvenirs in die Taschen steckten.

Deutsche Soldaten und deren Angehörige in Deutschland profitierten sehr breit von der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Länder, beispielsweise plünderten sie das Eigentum der Besetzten oder kauften Waren aller Art auf und schickten sie nach Deutschland. Besetzte, zuvorderst die jüdischen unter den von den Deutschen rassistisch Verfolgten, machten bei Plünderungen die grundlegende Erfahrung des Verlusts der Unverletzlichkeit des eigenen Hauses, noch bevor sie Wohnung und Leben verloren. Für breite Gesellschaftsschichten ging deutsche Besatzungsherrschaft zudem mit umfassender Korruption einher. Im besetzten Warschau wurde die Höhe des Bestechungsgeldes, das bei Straßenrazzien an die Deutschen zu zahlen war, um sich vor der Verschleppung zur Zwangsarbeit zu retten, gar in einem beliebten Schlager besungen. Aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern wiederum sind Raub und Bereicherung durch Wachleute bekannt.

Dieser Themenschwerpunkt verfolgt eine Vertiefung, die exemplarisch das Spektrum der beteiligten Täterinnen und Täter, Verbrechen und Motive mit den Erfahrungen der Besetzten verbindet. Weitere Fallbeispiele werden an konkrete Orte, Zeiten und Akteure zurückgebunden. Auch die sogenannte «deutsche Zwangsanleihe in Griechenland» wird an dieser Stelle kontextualisiert und bietet eine Perspektive darauf, wie diese Ausbeutungspraktiken bis in die gegenwärtige Tagespolitik hinein ausstrahlen.

3.4 Kulturzerstörung

Die nationalsozialistischen Zukunftsvorstellungen für ein Europa unter deutscher Gewalt ließen keinen Raum für die Kultur der Menschen und Völker, denen die NS-Ideologie das Lebensrecht absprach. Das führte auf der einen Seite zu Massenmord und auf der anderen Seite zur Zerstörung materieller und immaterieller Kulturgüter. Neben Millionen von Menschen sollte auch die Erinnerung an deren kulturelle Leistungen für immer vernichtet werden.

Rassistische Maßstäbe legten die deutschen Besatzerinnen und Besatzer an Menschen und an deren Kulturen an. Beispielsweise maßen sich deutsche Kunsthistoriker an, einigen Ländern die Kulturträgerschaft an sich abzusprechen. Im östlichen Europa wurden in diesem Zusammenhang etwa Kunstschatze zu angeblich deutschem Kulturerbe deklariert und geraubt. Die größten Städte der Sowjetunion – Moskau, Leningrad und Kiew – sollten eingeebnet werden. Bei der Zerstörung von Städten wie Warschau und Coventry, Minsk, Belgrad und Rotterdam machten die Deutschen bewusst auch Kulturbauten zum Ziel. In Nordwestrussland fielen ganze Stadtkerne der Zerstörung anheim, und viele Bibliotheken und Museen wurden gezielt vernichtet. In der Nachkriegserinnerung der deutschen Öffentlichkeit ist dieser Teil des Krieges praktisch durch die Erinnerung an die bombardierten deutschen Städte überschrieben worden.

Jüdische materielle Kultur war im Rahmen der Shoah in besonderer Weise von gewaltsamer Profanierung, Plünderung und Zerstörung betroffen. Synagogen wurden verbrannt oder zu Ställen und Garagen umfunktioniert, rituelle Objekte geraubt und eingeschmolzen. Jüdische Grabsteine wurden abgebrochen und als Baumaterial genutzt. Im besetzten Tschechien, dem sogenannten «Protektorat Böhmen und Mähren», gelang es, mit einem paradoxen Projekt die jüdische materielle Kultur – anders als ihre menschlichen Trägerinnen und Träger – zu retten. Ab 1940 oder 1941 formierte sich dort mit dem Prager «Jüdischen Zentralmuseum der SS» eine Institution unter Aufsicht der Eichmann-Behörde. Als die Deutschen im März 1942 die Schließung aller Synagogen anordneten, forderte die Prager Jüdische Gemeinde die in Auflösung begriffenen Gemeinden im Land dazu auf, ihre Mobilien zu inventarisieren und nach Prag zu schicken. Auch Fotos ihrer Gebäude, Friedhöfe, Ghettos sollten mitgesandt werden. Dokumentation und Rettung waren offenkundige Motive, doch verband sich für die 44 angestellten jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Projekt zudem die Hoffnung auf bessere Überlebenschancen. Weshalb dagegen die Deutschen das Museum absegneten, und ob Berlin davon Kenntnis hatte, lässt sich nicht rekonstruieren. Für die deutschen Besatzungsbehörden ist letzteres jedoch belegt, denn sie genehmigten Ende November 1942 das Exposé zur ersten Ausstellung «Jüdisches Leben von der Wiege bis zum Grab». Ein

makabrer Titel angesichts dessen, dass parallel der Holocaust stattfand. Am 6. April 1943 eröffnete in der restaurierten Hochsynagoge die Ausstellung ohne jeden diffamierenden Ton, worauf noch drei weitere Schauen und die Herrichtung der übrigen Synagogen rund um den Alten Jüdischen Friedhof folgten. Die Öffentlichkeit jedoch hatte keinen Zugang, was einen Schulungszweck für Angehörige von SS und SD nahelegt. Die Deportationen des Sommers 1943 brachten die jüdischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in immer näher rückende Todesgefahr und die Arbeit an der fünften Ausstellung musste nach der Verhaftung des Kurators abgebrochen werden. Hana Volavková, die einzige überlebende Mitarbeiterin, nahm die letzte Katalogisierung am 4. Januar 1945 vor und wurde kurz darauf ins KZ Theresienstadt deportiert. Bis dahin wurden knapp 100.000 Objekte aus 153 Gemeinden erfasst, von Tora-Rollen über Leuchter bis hin zu ganzen Archiven. So dokumentiert die einzigartige Sammlung die Vernichtung jüdischen Lebens in Tschechien und vermittelt dennoch eine Ahnung von den Dimensionen der Zerstörung jüdischer materieller Kultur anderswo im von Deutschen besetzten Europa.

Allerdings wurde auch die immaterielle Kultur besetzter Bevölkerungen gewaltsam eingeschränkt oder zerstört, abermals in stark unterschiedlichem Ausmaß. Bildungsverhinderung mit dem menschenverachtenden Ziel, auszubeutende subalterne Bevölkerungen zu schaffen, wurde mit konkreten Maßnahmen ins Werk gesetzt. In manchen der Ghettos verboten die Deutschen jedwede Bildungsmöglichkeit vollständig.

Diese Verbrechen blieben auf der Seite der Besetzten nicht ohne Reaktion. Sie versuchten, Kulturgüter zu schützen und ihre Kulturproduktion aufrechtzuerhalten. Dies ist selbst aus Konzentrationslagern überliefert. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf Religionsausübung, Bildung (z. B. Untergrundschulen bzw. -hochschulen im besetzten Polen) und Medien (Untergrundpresse).

3.5 Hunger

Hunger war eine bestimmende Grunderfahrung des Lebens unter deutscher Besatzung. Dabei waren die Unterschiede zwischen den besetzten Ländern und innerhalb ihrer Gesellschaften sehr groß, denn Hunger war nicht nur eine Kriegsfolge, sondern auch eine Kriegswaffe, die von den Deutschen bewusst und gezielt eingesetzt wurde. Die Erfahrung beständigen Mangels in den besetzten Gebieten stand dabei in scharfem Kontrast zur Lebenswirklichkeit der Bevölkerung in Deutschland.

In den Niederlanden gelang es den Behörden im Verlauf der deutschen Besatzung, die Lebensmittelverteilung so zu steuern, dass das Gros der Bevölkerung keinen empfindlichen Hunger leiden musste. Nachdem die Alliierten im September 1944 den Süden des Landes befreiten, rief die Exilregierung zum von langer Hand vorbereiteten Eisenbahnerstreik auf. Zusätzlich schnitten die Deutschen ihrerseits die Versorgung der Westniederlande über Wasserwege ab. Schnell breitete sich eine Hungersnot aus. In ihrer Not stürmten die Menschen die Suppenküchen und tauschten ihr Hab und Gut gegen Lebensmittel ein. Tulpenzwiebeln, deren Verzehr für unbedenklich erklärt wurde, kamen auf den Speisezettel – eine Erfahrung des Essens von Nicht-Lebensmitteln, die europaweit gemacht worden war. Insgesamt starben im «Hungerwinter» in den Niederlanden bis April 1945 bis zu 22.000 Menschen. Der Hunger kurz vor der Befreiung des Landes wurde zu einer prägenden Erfahrung für weite Teile der Bevölkerung, die bis in die Gegenwart ausstrahlt. Ab 1945 wurden in der «Dutch Famine Birth Cohort Study» Langzeituntersuchungen zu den Folgen des Hungerns unter deutscher Besatzung durchgeführt. Der Befund, dass die kurze, intensive Hungererfahrung die Gesundheit der Menschen auch in der zweiten Generation noch beeinflusst, vergegenwärtigt die Dimensionen der Verheerung, die Deutschland hinterlassen hat.

Die Lebensmittelrationen, die überall im besetzten Europa die Grundlage der Versorgung der lokalen Bevölkerungen bildeten, folgten dabei immer den rassenideologischen Prämissen und Zielsetzungen der Besatzerinnen und Besatzer. Überall dort, wo deutsche Dienststellen die Rationen festlegten, entsprach deren Höhe den rassistischen Hierarchien ihrer Ideologie und sorgte für Ungleichheit innerhalb der besetzten Gesellschaften. Europaweit mussten besetzte Bevölkerungen – obgleich in unterschiedlichem Ausmaß – zu Gunsten der Versorgung der deutschen Besatzerinnen und Besatzer und der Bevölkerung in Deutschland hungern. Mangelversorgung und Hunger zogen körperliche Folgen nach sich, die von dauerhaftem Hungergefühl über empfindlichen Gewichtsverlust bis hin zum Hungertod reichten. Beispiele wie das Ghetto Litzmannstadt in der annektierten polnischen Stadt Łódź stehen dabei für eine gezielte Verelendungs- und Hungerpolitik.

Gezielt herbeigeführter Hunger war auch im Fall der Hungerpolitik gegen die Städte der besetzten Sowjetunion Teil der deutschen Politik. Um den gewollten «Lebensraum im Osten» für Deutschland zu entvölkern, war geplant, die dort lebende Bevölkerung millionenfach verhungern zu lassen. Während der fast dreijährigen Belagerung Leningrads starben bis zu 1,2 Millionen Menschen durch Unterernährung oder an damit einhergehenden Krankheiten. Bis zu 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene ließ die Wehrmacht gezielt und unter Aufsicht verhungern.

Ein weiteres Kriterium bei der Lebensmittelzuteilung war der vermeintliche wirtschaftliche Nutzen jeder einzelnen Esserin und jedes einzelnen Essers, auch innerhalb der rassistisch begründeten Stratifikationen. So wurden tendenziell männliche «Schwerarbeiter» priorisiert, während vor allem Kinder, Alte, Frauen und Kranke starke Benachteiligung erlebten. Häufig erfolgte die Lebensmittelverteilung zudem zeitlich, räumlich und nach rassistischen Kriterien getrennt, wodurch benachteiligte Gruppen in weitere Bedrängnis gerieten. Im Extremfall bekamen sie nicht einmal die ohnehin knappen Rationen, weil sie nur zu Zeiten einkaufen durften, als die zu geringen Lieferungen längst ausverkauft waren. Vor diesem Hintergrund traf sie die Kriminalisierung inoffizieller Lebensmittelbeschaffung mit besonderer Härte und senkte ihre Überlebenschancen drastisch, während sich gesellschaftliche Ungleichheiten weiter verschärften. Vielfach war es rund um den alltäglichen Einkauf nötig, gegen Auflagen wie zum Beispiel Ausgangssperren zu verstoßen. Selbst der Einkauf von Grundnahrungsmitteln konnte daher mit Misshandlung, Festnahme und Verschleppung enden.

3.6 Patientenmorde

Der Abschnitt behandelt die Patientenmorde, die im östlichen Europa unter deutscher Besatzungsherrschaft begangen wurden. Diese Verbrechen sind anders als die sogenannte «Euthanasie» in Deutschland in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Sie offenbaren in besonderer Weise die Verbindung aus menschenverachtendem Weltbild und genozidaler Praxis.

Gesundheit war im Kontext deutscher Besatzungsverbrechen in mehrfacher Hinsicht eine zentrale Kategorie. Das Weltbild der Nationalsozialisten war innerhalb der deutschen Ärzteschaft populär und verband sich mit eugenischen Überzeugungen, die Gesundheit und Wertigkeit gleichsetzten: «Krank» entwickelte sich so von einer individuellen Diagnose hin zu einer Chiffre für eine behauptete Minderwertigkeit, die im Kontakt mit besetzten Bevölkerungen vor allem rassistisch gewendet wurde. Umgekehrt bedeutete diese Annahme, dass nur den vermeintlich Wertigen ein zu schützendes Recht auf Gesundheit zustand. In den besetzten Gebieten entwickelte sich die Gesundheitsfürsorge bzw. deren Entzug zu einem differenzierten Herrschaftsmittel; für die Marginalisierten, z. B. Menschen mit Behinderung oder chronisch Kranke, ging dies oftmals mit Verelendung oder Ermordung einher.

Der Zusammenhang von sogenannter «Euthanasie» und Massenmord ist in der Fachöffentlichkeit seit einiger Zeit bekannt und auch durch personelle Kontinuitäten zwischen der sogenannten «T4-Aktion» und der sogenannten «Aktion Reinhardt» belegt. Weniger bekannt sind dagegen die flächendeckenden Morde in psychiatrischen Krankenhäusern und Heimen für Menschen mit geistiger Behinderung im besetzten Polen und in den besetzten sowjetischen Gebieten. Allein in den größeren Einrichtungen der besetzten sowjetischen Ukraine wurden bis zu 9.000 Menschen ermordet. In der Stadt Winnyzja befand sich mit 1.800 Betten eine der größten Kliniken des Landes. Hier wird der enge Zusammenhang der Patientenmorde mit dem Holocaust besonders deutlich. Nach der Besetzung der Stadt am 19./20. Juli 1941 verübten mobile deutsche Tötungseinheiten und deutsche Polizei erste Massenerschießungen an der jüdischen Bevölkerung. Am 5. September 1941 befahl schließlich der deutsche Militärbefehlshaber dem von ihm eingesetzten Nachfolger der bisherigen jüdischen Klinikdirektorin, innerhalb von 14 Tagen alle jüdischen Patientinnen und Patienten zu ermorden. Das Personal nutzte dafür Spritzen mit destilliertem Wasser oder Zyankalilösung. Am frühen Morgen des 21. Septembers erschossen fünf Angehörige des 45. Reserve-Polizeibataillons die verbliebenen 36 jüdischen Kranken sowie vier jüdische Mitarbeiterinnen der Klinik, was die Gesamtzahl der jüdischen Opfer in der Psychiatrie von Winnyzja auf 412 erhöhte. Ab Oktober 1941 wurden weitere 600 Patienten verhungern gelassen, mit Giftspritzen getötet und bei einem erzwungenen Umzug erschossen – die Wehrmacht requirierte die Klinik als Offizierskasino. Nach der Befreiung schätzten die sowjetischen Behörden die Gesamtzahl der Todesopfer auf 1.800.

Eine ähnliche Anzahl an Todesopfern hinterließen die deutschen Besatzer auch in den Kliniken und Wohnrichtungen im Nordkaukasus. Die Mordrouten der zwei deutschen mobilen Tötungseinheiten in der Region sind genau dokumentiert. Bereits kurz nach der Einnahme der Stadt im Oktober 1941 wurden im Krankenhaus von Taganrog 34 Patienten erschossen, die das Personal nicht hatte entlassen können. In zwei psychiatrischen Heimen außerhalb der Stadt wurden 83 Bewohnerinnen und Bewohner ermordet. Im Folgejahr kamen die deutschen Einheiten mit einem Gaswagen zurück. Am 3. August 1942 wurden damit 72 Patienten der Psychiatrie von Rostow am Don vergast. Vom 5. bis 10. August wurden 632 Patienten der psychiatrischen Klinik von Stawropol auf diese Weise getötet, weitere 28 im Oktober. Am 22. August ermordeten die Deutschen alle 320 Psychiatriepatienten in Krasnodar, Anfang September 42 Kinder und Jugendliche mit Epilepsie in dem Dorf Tretja Retschka Kotschety. Am 7. September 1942 töteten die Deutschen die ersten Bewohnerinnen und Bewohner des Heims in Beresanskaja. Die Psychiatrie in Nowotscherkassk hatte zwar eilends versucht, möglichst viele Patienten durch Entlassung zu retten, doch am 21. September 1942 wurden zunächst zehn jüdische Patienten verschleppt und am 6. Oktober

die übrigen 85 Kranken ermordet. Bis zum Jahresende mordeten die zwei verbrecherischen deutschen Verbände auch in den Kinderheimen in Jejsk und Teberda und durchsuchten in Tötungsabsicht die übrigen Einrichtungen nach verbliebenen Patienten. Die Planung der Mordroute übernahmen deutsche Militärärzte, die jeweils einige Tage vor den mobilen Tötungseinheiten die psychiatrischen Einrichtungen aufsuchten. Auch in den Konzentrationslagern unter deutscher Besatzung entschieden deutsche Ärztinnen und Ärzte mit den Kategorien «arbeitsfähig» oder «nicht arbeitsfähig» über Leben und Tod. In entgrenzter Selbstermächtigung und durch keinerlei ethische Grundsätze beschränkt, quälten sie Lagerinsassen außerdem mit pseudowissenschaftlichen Experimenten, die vielfach zu einem grausamen Tod führten.

Auch Epidemien sind auf spezifische Weise mit genozidaler deutscher Politik verwoben. Einerseits diente der vermeintliche «Seuchenschutz» als Vorwand für die Ghettoisierung der jüdischen und Roma-Bevölkerung, was zudem Ressentiments in der lokalen Bevölkerung befördern sollte. Zugleich führte das massenhafte Zusammenpferchen in Ghettos und Lagern im Zusammenspiel mit der mangelhaften Krankenversorgung zu einer Verelendung, die lokale epidemische Ausbrüche tatsächlich nach sich zog. Mit ähnlichen Problemen kämpfte beispielsweise auch das griechische Gesundheitssystem während der Hungerjahre der Besatzung.

Anhand der Perspektive lokaler Akteurinnen und Akteure zeichnet die Ausstellung Versuche der Besetzten nach, diesen Verbrechen und Mangelzuständen zu begegnen oder sie zumindest zu dokumentieren. Auch die ambivalente Rolle der Rotkreuzorganisationen spielt hier eine Rolle.

Hier könnte verwiesen werden auf die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Sachsenhausen und den Gedenkort T4 in Berlin, die sich beide an historischen Orten unterschiedlichen Aspekten der hier vorgestellten Themen widmen.

3.7 Shoah

Spätestens seit Sommer 1941 war die Ermordung der Juden Europas zentrales deutsches Kriegsziel. Die sich seit Stalingrad abzeichnende Niederlage führte zu einer sich bis zum Kriegsende weiter steigenden Radikalisierung, der bis 1945 etwa 6 Millionen Menschen aus ganz Europa zum Opfer fielen.

Die deutsche Kriegführung strebte eine radikale demographische Umgestaltung Europas an. Für den Osten des Kontinents bedeutete dies mittelfristig Versklavung, Vertreibung und Tod von Dutzenden von Millionen Menschen, die den von Deutschland beanspruchten sogenannten «Lebensraum» bevölkerten. Bereits kurzfristig realisierten die deutschen Behörden allerdings die Shoah an der jüdischen Bevölkerung.

Die Ausstellung zeigt die Ingangsetzung der Shoah im Sommer/Herbst 1941 durch die deutsche Regierung und deutsche Dienststellen im besetzten Europa, zeitgleich mit dem Beginn von Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung («Holocaust durch Kugeln») durch mobile Tötungseinheiten, die sogenannten «Einsatzgruppen», im Zuge des Überfalls auf die Sowjetunion und die von ihr 1939 besetzten Gebiete. Etwa die Hälfte der insgesamt ca. 6 Millionen Opfer der Shoah wurde durch Massenerschießungen ermordet. Am bekanntesten ist das Massaker von Babyn Jar, dem innerhalb von drei Tagen mehr als 30.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus Kiew zum Opfer fielen. Weniger im Bewusstsein ist, dass auch in den nicht von deutschen Einheiten besetzten Gebieten Nordmazedonien und Transnistrien die sogenannten «Einsatzgruppen» mordeten.

Gleichzeitig wurden im Rahmen lokaler Initiativen bereits im Herbst 1941 sogenannte «Gaswagen» im annektierten Teil Polens eingesetzt und in Chełmno nad Nerem (Kulmhof) zur Ermordung der als jüdisch definierten Bevölkerung eingesetzt. Zwischen Januar und Juli 1940 hatte das sogenannte «Sonderkommando Lange» im von Polen annektierten Warthegau so bereits in lokalen Krankenhäusern und Altenheimen lebende Patientinnen und Patienten systematisch ermordet. Zum Einsatz kamen dabei Lastwagenaufbauten, in die Kohlenmonoxid aus Stahlflaschen geleitet wurde, das die Menschen im Inneren vergiftete. Getarnt waren diese ersten sogenannten «Gaswagen» mit der Aufschrift «Kaiser's Kaffee Geschäft». Ab Dezember 1941 waren in Chełmno nad Nerem (Kulmhof) bis zu drei weiterentwickelte Fahrzeuge von der Größe eines Möbelwagens im Einsatz. Hier wurden nun die Motorenabgase direkt in den Laderaum geleitet, in den bis zu 120 Menschen gepresst worden waren. Die Leichen der ermordeten Männer, Frauen und Kinder transportierte man mit demselben Fahrzeug in ein etwa 2 km entferntes Waldstück, wo sie vergraben wurden. Insgesamt wurden in Chełmno nad Nerem etwa 150.000 Menschen auf diese Weise ermordet.

Zu mobilen Gaskammern umgebaute Lastwagen wurden an einer Reihe von Orten im von Deutschen besetzten Europa eingesetzt. Zwischen März und Juni 1942 in Serbien, zum Beispiel, wurden 7.500 Juden und Roma bei Fahrten mitten durch Belgrad durch Motorenabgase erstickt. Auch für Maly Trostenez außerhalb von Minsk ist der Tötungseinsatz der sogenannten «Gaswagen» überliefert, ebenso für Kiew und an anderen Orten in der Ukraine.

Ab Herbst 1941 wurden bereits bestehende Konzentrationslager im besetzten Polen und in Belarus mit Gaskammern ausgestattet (z.B. Auschwitz-Birkenau) und zudem im Zuge der sogenannten «Aktion Reinhardt» in Belzec, Treblinka und Sobibór drei Komplexe errichtet, die ausschließlich der Ermordung durch Giftgas so vieler Menschen wie möglich in kürzest möglicher Zeit dienten. Benutzt wurden hier die Abgase fest installierter Motoren, die in Gaskammern geleitet wurden und die Menschen erstickten.

Die Shoah betraf Juden im gesamten deutschen Machtbereich. Auch die deutschen Juden wurden im besetzten östlichen Europa getötet, die Deportationen setzten im Oktober 1941 mit Transporten aus München, Frankfurt, Hamburg, Köln und Berlin unter anderem ins litauische Kaunas ein. Ab 1942 kam es europaweit zu gezielten Deportationen zunächst in die von den Deutschen eingerichteten Ghettos, meist per Bahn und vor allem ins besetzte Polen. Von dort wurden die Menschen in die Vernichtungslager transportiert und innerhalb weniger Stunden ermordet.

Die Ausstellung ermöglicht inhaltliche Verweise auf historische Orte im Berliner Raum. So bieten sich Bezugnahmen zu dem ehemaligen Konzentrationslager und der heutigen Gedenkstätte Sachsenhausen, zur Topographie des Terrors, zum Haus der Wannsee-Konferenz und zum Ort der Information am Denkmal für die ermordeten Juden Europas an.

3.8 Völkermord an den Sinti und Roma

Parallel zur Shoah wurde der Völkermord an den Sinti und Roma in Europa verübt. Dieser Genozid folgte anderen ideologisch-rassistischen Kriterien und hatte in absoluten Zahlen ein deutlich geringeres Ausmaß. Doch auch gegenüber dieser Minderheit erfolgte nach der Machtübernahme eine systematische Ausgrenzung und Entrechtung zunächst innerhalb Deutschlands. Mit dem Krieg setzte im besetzten Europa ab 1939/40 die schrittweise Ausweitung der Verfolgung und mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 die genozidale Radikalisierung ein.

Das von der NS-Ideologie konstruierte Bild von «Zigeunern» knüpfte an tradierte antiziganistische Stereotype an, die unter aktiver Beteiligung deutscher Ärzte und Anthropologen rassenideologisch aufgeladen wurden. Diese ideologische Grundlage für den Völkermord bedeutete eine Radikalisierung der bereits seit der Jahrhundertwende institutionalisierten Kriminalisierung von Sinti und Roma.

Die Mischung aus kriminalpolizeilicher Diskriminierung und Rassenideologie führte zu ganz unterschiedlichen Formen der Verfolgung von Roma in den von Deutschland 1939/40 eroberten Gebieten. In Polen etwa fielen gezielt auch Sinti und Roma den Morden unmittelbar nach der Invasion zum Opfer, in Frankreich wurden sie zunächst in Lagern festgehalten, mit teils sehr hohen Sterblichkeitsraten. Der Überfall auf die Sowjetunion leitete den Übergang zum Völkermord an den Sinti und Roma ein. Mindestens 30.000 Kinder, Frauen und Männer wurden von den deutschen Einsatzgruppen ermordet, wobei die Massenerschießung in Simferopol auf der Krim am 9. Dezember 1941 mit über 800 Toten das größte bekannte Einzelverbrechen ist.

Im besetzten Serbien tendierten die deutschen Besatzungsbehörden von Anfang an zu einer gemeinsamen, rassenideologisch motivierten Verfolgung von Juden und Roma. Als nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion die Aktivitäten kommunistischer Partisanen erkennbar zunahmen, reagierten die Deutschen mit menschenverachtenden Massenmorden: Geislerschießungen, die zunächst im Verhältnis von 1:100 bzw. 1:50 deutsche Partisanenopfer kompensieren sollten. Auch aus Rücksicht auf die besetzte Mehrheitsgesellschaft machten die Deutschen zunehmend ausschließlich Roma und Juden zu «Geiseln», so dass bis Ende 1941 nahezu alle männlichen Roma in Serbien ermordet waren. Auch im angrenzenden deutschen Satellitenstaat Kroatien setzte das Ustascha-Regime die Verfolgung von Roma im deutschen Interesse um: Im Lager Jasevonac waren bis zu 30.000 der etwa 120.000 Todesopfer Roma – neben Auschwitz-Birkenau das Lager mit der höchsten Opferzahl der Minderheit.

Nachdem bereits ab Mai 1940 etwa 2.500 Kinder, Frauen und Männer aus verschiedenen Teilen Deutschlands ins besetzte Polen deportiert worden waren, befahl Heinrich Himmler im Dezember 1942 die Verschleppung aller Sinti und Roma aus Deutschland und einer Reihe von besetzten westeuropäischen Ländern nach Auschwitz-Birkenau, wo sie in einem separaten Lagerbereich familienweise zusammenlebten. Die Mehrheit der Kinder, Frauen und Männer starb an fehlender Versorgung und Zwangsarbeit, bei Willkürmorden und durch Giftgas, aber auch bei Experimenten der SS-Ärzte. Nach der am Widerstand der Menschen zunächst gescheiterten Auflösung des Lagers am 16. Mai 1944 wurden die Jüngeren und Kräftigeren in andere Lager transportiert, während die etwa 4.300 verbliebenen Menschen in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 in den Gaskammern ermordet wurden.

Das östliche Europa mit seinen vergleichsweise großen Roma-Bevölkerungen war der geographische Schwerpunkt des Völkermords. Bereits ab 1941 wurden im deutschen Vernichtungslager in Chełmno nad Nerem (Kulmhof) Romnja und Roma in Gaswagen erstickt. Wenig bekannt ist die Ghettosierung der Minderheit in Warschau oder im Ghetto Litzmannstadt im besetzten Łódź, aber auch die Nutzung der deutschen Vernichtungslager der

sogenannten «Aktion Reinhardt» als Tötungsanlagen im Völkermord an den Roma. Die Massenerschießungen vor allem in der Sowjetunion sind noch immer nicht ausreichend erforscht. Auf dieser lückenhaften Grundlage wird die Gesamtzahl der Opfer des Völkermords auf 200.000 bis 500.000 Menschen geschätzt. In Estland, um ein Beispiel zu nennen, wurden nahezu alle Angehörigen der Minderheit ermordet.

Nicht ausreichend gewürdigt wurde bislang auch die Rolle, die Sinti und Roma auf verschiedenen Gebieten des besetzten Europas im Widerstand spielten. Neben der Revolte in Auschwitz-Birkenau sind die Partisaneneinheiten im besetzten Jugoslawien, in Polen und in den sowjetischen Gebieten Beispiele dafür.

Die gesellschaftliche Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma musste über Jahrzehnte erkämpft werden. Die Unabhängige Kommission Antiziganismus forderte in ihrem Abschlussbericht 2021 unter anderem die Aufarbeitung der «Zweiten Verfolgung», d. h. des «durch staatliche Behörden und andere gesellschaftliche Institutionen der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Ausländer- und Sozialbehörden, Schulen, Jugendämter, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) zugefügten gravierenden Unrechts». Es böte sich an, die Nachgeschichte des Völkermordes an den Sinti und Roma zum Thema einer Wechsellausstellung zu machen.

Die Ausstellung ermöglicht zudem Hinweise auf das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin sowie das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

3.9 Angebote und Zwang zur Beteiligung

Der perfide Charakter deutscher Gewaltherrschaft lag unter anderem darin, dass besetzte Bevölkerungen in unterschiedlichem Ausmaß und mit verschiedenen Mitteln für Beteiligung und Mittäterschaft in Anspruch genommen wurden. Dieses Thema ist in den ehemals besetzten Ländern sehr schmerzhaft besetzt. Die gesellschaftliche Aufarbeitung hat dort ihren festen Platz, begleitet von zum Teil heftigen Kontroversen. Daher sieht es die Ausstellung als ihre Aufgabe, bei diesem Thema die Strategien der deutschen Besatzungsbehörden in den Vordergrund zu rücken.

Die Ausstellung macht deutlich, dass die deutschen Besatzer überall in Europa bei der Etablierung und Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auf das Wissen und die Beteiligung von Akteurinnen und Akteuren auf verschiedenen Ebenen der besetzten Gesellschaften angewiesen waren. Gerade in der Etablierungsphase ihrer Herrschaft erhielten sie ideologische und praktische Unterstützung seitens rechter bzw. faschistischer Bewegungen in den jeweiligen Gebieten. Darüber hinaus setzten die Deutschen auf vielfältige Weise auf lokale Beteiligung, wobei sie neben dem Einsatz von Zwang und Gewalt auch ideelle und materielle Angebote machten. Dieser Anreiz erschließt sich in aller Regel nur vor dem Hintergrund des Mangels und der permanenten Gewaltandrohung. So schufen die Deutschen Konstellationen, in denen sich Besetzte zwingend zu den Verbrechen an ihren Nachbarinnen und Nachbarn verhalten mussten. Die Breite der Handlungsspielräume reichte dabei von der Rettung von Betroffenen bis hin zur aktiven Mitarbeit am Massenmord. Die Ausstellung stellt bei diesem Thema die menschenverachtenden Strategien der Besatzerinnen und Besatzer in den Vordergrund und folgt damit der Zielsetzung, deutsche Täterschaft zu dokumentieren.

Ein mögliches Vertiefungsbeispiel wären die Versuche der Inanspruchnahme jener Menschen für die Ziele der deutschen Besatzungsherrschaft, die zu sogenannten «Volksdeutschen» erklärt wurden oder sich aus verschiedenen Motiven zu solchen erklärten. Weiterhin könnten hier beispielsweise die *divide et impera*-Strategien thematisiert werden, mit denen die Deutschen teils unter Missachtung eigener ideologischer Zielsetzungen bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Beteiligung an ihren Verbrechen zu mobilisieren versuchten. Teil der Vertiefung ist ebenso die ambivalente Rekrutierungspraxis, mit der Angehörige der besetzten Bevölkerung für den Dienst in SS und anderen Verbänden gewonnen wurden.

Grundsätzlich muss die Ausstellung hier exemplarisch vorgehen und sich dabei durch einen präzisen Blick auf konkrete Situationen und Konstellationen auszeichnen, um unzulässige Generalisierungen zu vermeiden.

4. Querschnitt: Widerstand

Widerstand gegen deutsche Besatzung wurde vor allem als nationale Praxis verstanden. Dafür standen beispielsweise die Exilregierungen in London, die in ihren jeweiligen besetzten Heimatländern zum Widerstand aufriefen. Auch jüdische oder kommunistische Widerstandsstrukturen organisierten sich in einem nationalen Sinne. Diese Sichtweise ergänzt die Ausstellung, indem sie die Rolle von Minderheiten in Widerstandsbewegungen thematisiert. Beispiele dafür könnten der Beitrag von Roma am Widerstand in unterschiedlichen besetzten Gebieten sein

oder die Widerstandsgruppe FTP-MOI in Frankreich, in der (kommunistisch orientierte) Ausländer aus ganz Europa organisiert waren.

Alle Besetzten waren gezwungen, sich mit den Verbrechen der Deutschen auseinanderzusetzen. Sie berührten alle Lebensbereiche und machten es notwendig, sich dazu zu verhalten und Entscheidungen zu treffen. Das Spektrum widerständigen Verhaltens war sehr breit: Zu nennen sind hier etwa das Verstecken von Verfolgten, die Übermittlung von Nachrichten und Informationen oder die Mitwirkung in geheimen Bildungseinrichtungen. In diesem Querschnittsthema werden diese verschiedenen Praktiken vorgestellt und kontextualisiert, ohne von vornherein den Begriff des Widerstands auf bewaffnete Aktionen gegen die Besatzerinnen und Besatzer zu verengen.

Besuchererwartungen an das Querschnittsthema Widerstand greift die Ausstellung insofern auf, als dass sie die Aufstände, die an vielen Orten des besetzten Europas organisiert wurden, dokumentiert. Diese reichten von Aufständen in einzelnen Lagern (z. B. im Vernichtungslager Sobibór am 14. Oktober 1943) über Stadteile bzw. Städte (z. B. bei den zwei Aufständen in Warschau 1943 und 1944) bis hin zu ganzen Ländern (Slowakei 1944).

Epilog: Die juristische Aufarbeitung nach 1945

Noch während des Zweiten Weltkrieges setzten die Vorbereitungen der Alliierten ein, die von Deutschland begangenen Verbrechen zu ahnden und die Täterinnen und Täter rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Mit der Moskauer Deklaration von 1943 wurden die Grundlagen für eine europaweite Strafverfolgung geschaffen und im August 1945 in London die Statuten für den Prozess gegen die Führungsspitze des NS-Regimes vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg festgelegt. Jenseits der alliierten Anstrengungen liefen in allen ehemals besetzten Ländern Ermittlungen und nationale Gerichte verurteilten deutsche Täterinnen und Täter. Die europaweite Ahndung ebte allerdings 1947/48 mit dem beginnenden Kalten Krieg merklich ab.

Der Schwerpunkt widmet sich den vergleichsweise zögerlichen und schleppenden Ahndungstätigkeiten in den drei Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches: der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich. Amnestien, massenhafte Verfahrenseinstellungen, milde Urteile sowie entlastende Rechtsauslegungen prägten die juristische Aufarbeitung in diesen drei Ländern in unterschiedlicher Weise.

In Österreich ergingen zwei Drittel der Verurteilungen bis Mitte 1948 von den sogenannten Volksgerichten, die bis zum Abzug der Alliierten 1955 bestanden. Danach folgte eine Welle von Begnadigungen und Rehabilitierungen. Kaum ein Prozess pro Jahr wurde noch geführt und 1975 brach die juristische Aufarbeitung gänzlich ab. Auch in der DDR sank die Zahl der Verfahren nach den Waldheim-Prozessen zu Beginn der 1950er Jahre rapide ab. Zwischen 1955 und 1989 kam es gerade einmal zu 120 Verurteilungen. Zudem war in der juristischen Aufarbeitung der DDR von Anbeginn die Grenze zu politischen Säuberungen und Propagandaverfahren häufig nur schwer zu ziehen.

Auch in der Bundesrepublik zeichnete sich die Entwicklung durch einen fast vollständigen Ahndungsstillstand in den 1950er Jahren aus, der allerdings 1958 durch die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg durchbrochen wurde. Angestoßen von einer Minderheit engagierter Juristen, wie dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, setzte mit dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess in den 1960er Jahren die Hochphase der juristischen Aufarbeitung ein. Doch bereits mit Beginn der 1970er Jahre erlahmten diese Anstrengungen erneut.

Insgesamt muss die juristische Auseinandersetzung in den drei Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches als zögerlich, selektiv und verharmlosend charakterisiert werden. Die Geschichte Heinz Reinefarths wäre ein mögliches Beispiel unter vielen: Als Generalleutnant der Waffen-SS und Befehlshaber mehrerer deutscher Einheiten war er bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands 1944 für das Massaker im Stadtbezirk Wola verantwortlich. Auf seinen Befehl wurden 30.000 Zivilistinnen und Zivilisten, die an den Kampfhandlungen nicht beteiligt waren, in den Straßen und in einer naheliegenden Fabrik erschossen. Die Leichen verbrannten zwangsverpflichtete polnische Nachbarn unter offenem Himmel. Kein deutscher Angehöriger der SS- und Wehrmachtseinheiten, die an der Niederschlagung des Warschauer Aufstands beteiligt waren, wurde nach Kriegsende zur Verantwortung gezogen. Im Fall Reinefarth war ein frühes polnisches Auslieferungsgesuchen im Jahr 1948 abgelehnt worden. Ermittlungen der deutschen Justiz gegen ihn in den 1960er Jahren wurden eingestellt. Einer bruchlosen Reintegration stand nichts mehr im Wege. Reinefarth machte eine glänzende Karriere als Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag und später als Bürgermeister von Westerland auf Sylt.

Die in der Ausstellung gezeigten Verbrechen sollen hier aus der Perspektive ihrer juristischen Aufarbeitung nach dem Krieg noch einmal konkret beleuchtet und den Nachkriegskarrieren einzelner Täterinnen und Täter gegenübergestellt werden. Vervollständigt wird dies durch die Aussagen der Opfer, deren Berichte über die verschiedenen Prozesse von besonderer Bedeutung sind. Ehemals Verfolgte und jüdische Überlebende gaben durch die Anzeigen, die sie individuell oder über ihre Organisationen (z. B. das Central Committee of the Liberated Jews oder das Internationale Auschwitz-Komitee) gegen Täterinnen und Täter erstatteten, oft überhaupt erst den Anstoß zu Ermittlungen. Persönlichkeiten wie der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Initiativen wie die «Aktion Sühnezeichen» oder die Erklärung der polnischen Bischöfe 1965 stehen für Beispiele juristischer, politischer und gesellschaftlicher Bemühungen, Verbrechen anzuerkennen, aufzuarbeiten und zu entschädigen.

A 2 Wechselausstellungen

Ein vielfältiges Programm von Wechselausstellungen ergänzt die Ständige Ausstellung und folgt zwei inhaltlichen Schwerpunktsetzungen: erstens der Vertiefung spezifischer historischer Ereignisse oder Fragestellungen, die in der exemplarisch vorgehenden Ständigen Ausstellung nicht oder nicht umfänglich dargestellt werden können; zweitens der Geschichte der Auseinandersetzung mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nach 1945 (Nachgeschichte).

Für Vertiefungen eignen sich konkrete historische Ereignisse wie etwa das Massaker von Oradour-sur-Glane in Frankreich 1944 oder Themenbereiche, die in der Ständigen Ausstellung nicht explizit dokumentiert werden, z. B. Kindheiten unter Besatzungsherrschaft oder Kunst aus der Besatzungszeit. Wechselausstellungen greifen auch bestimmte Quellengattungen wie Tagebücher aus der Besatzungszeit oder den Entstehungszusammenhang zeitgenössischer künstlerischer Produktionen wie der Leningrader Symphonie von Dmitri Schostakowitsch auf.

Die Wechselausstellungen sind zudem der zentrale Ort im ZWBE für die Nachgeschichte des Vernichtungskrieges, bevorzugt in vergleichender transnationaler Perspektive. Das Thema der juristischen Aufarbeitung, das sich in der Ständigen Ausstellung auf die Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches begrenzt, wird durch eine Dokumentation von Nachkriegsprozessen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs geweitet. In den Blick genommen werden dabei zentral die Überlebenden, die mit ihren Aussagen wesentlich an den Verfahren beteiligt waren. In diesem Zusammenhang spielen die entstehenden Organisationsstrukturen der Opfer eine Rolle, was Ausstellungen über die Geschichte von Opferverbänden in europäischer Perspektive oder des Internationalen Auschwitz-Komitees dokumentieren könnten. Einem zentralen Aspekt dabei, dem internationalen Wettbewerb für ein Auschwitz-Denkmal 1958, wäre eine eigene Ausstellung zu widmen, die zudem den Umgang mit historischen Orten beleuchten würde. Europäische Rezeptionsgeschichten, etwa zu den Tagebüchern Anne Franks oder Claude Lanzmanns Film «Shoah», ergänzen das Programm.

Das Wechselausstellungsprogramm des ZWBE verfolgt schließlich auch das Ziel, sich international als Partner für die Präsentation neuester Forschungsergebnisse in die breite Öffentlichkeit hinein zu etablieren. Hierzu bieten das Fellowship-Programm, der gezielte Aufbau von Kooperationen und eigene anwendungsbezogene Forschung wichtige Schlüssel.

Bei der Erarbeitung eines Wechselausstellungsprogramms sind Synergien mit der Arbeit der bestehenden Gedenkstätten und Museen im Berliner Raum wünschenswert. Die Region gewinnt damit ein ineinandergreifendes thematisches Angebot mit internationaler Strahlkraft.

A 3 Publikationen

Das ZWBE entwickelt geeignete Publikationsformate zur Dokumentation seiner Ausstellungen und Forschungsarbeit im Printformat und online. Dabei ist im Sinne einer europäischen Öffentlichkeit eine angemessene Mehrsprachigkeit von vornherein zu berücksichtigen und umzusetzen.

B Bildung

Das ZWBE entwickelt ein Bildungsprogramm, das dem forschenden Lernen, der Multilateralität und der Mehrsprachigkeit verpflichtet ist. Entsprechend der europäischen Ausrichtung des Dokumentationszentrums arbeitet es dabei eng und dauerhaft mit etablierten Bildungsträgern im In- und Ausland zusammen. Dabei sind besonders die binationalen Jugendwerke, Stiftungen und Zukunftsfonds zu nennen.

Zielgruppenorientierte Angebote der Museumspädagogik mit Führungen, Tagesseminaren oder Mehrtagesseminaren in mehreren Sprachen arbeiten mit den Exponaten und Themen der Ausstellungen und erschließen so deren historischen Kontext. Besondere Angebote für Schülerinnen und Schüler stellen dabei etwa in dialogischen Führungen und Workshops die kritische und multiperspektivische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in den Mittelpunkt. Das ZWBE entwickelt zu diesem Zweck insbesondere Formate gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern, die einer gezielten Vor- und Nachbereitung der museumspädagogischen Angebote im Unterricht dienen.

Um den Bedürfnissen einer Migrationsgesellschaft gerecht zu werden, entwickelt das ZWBE eigene Formate, die nicht nur die außereuropäische, sondern auch innereuropäische Migration in den Blick nehmen. Ein solcher Dialog über die Geschichte entspricht dabei der Bedeutung, die die deutsche Besatzungsherrschaft für die Gesellschaften der ehemals besetzten Länder und damit auch für Deutschland bis heute besitzt. Erfahrungen anderer Einrichtungen zeigen, wie sehr auch die Mehrheitsgesellschaft davon profitiert, sich mit den in der deutschen Gesellschaft vorhandenen Erfahrungen und Perspektiven auseinanderzusetzen und dass die relevanten Communities positiv auf entsprechende Angebote reagieren. Eine Zusammenarbeit mit den in Berlin ansässigen relevanten Kulturinstituten der ehemals besetzten Länder wird angestrebt.

Ein besonderer Schwerpunkt des Bildungsprogramms ist die Stärkung der historischen Orte und der sie betreuenden Einrichtungen in Deutschland und Europa. Zu diesem Zweck entwickelt das ZWBE in Kooperation mit Partnerinstitutionen im In- und Ausland Outreach-Programme, die geeignet sind, bislang übersehene Orte stärker ins Bewusstsein zu rücken und deren europäische Sichtbarkeit zu erhöhen. Das Outreach-Programm als zentraler Teil des Bildungsprogramms muss flexibel anpassbar sein und auf aktuelle Veränderungen wie die Zerstörung historischer Orte, Forschungshindernisse und –verbote reagieren können.

Einen besonderen Bildungsauftrag hat das ZWBE für die deutsche Gesellschaft, in der bestimmte Berufsgruppen gezielt durch zertifizierte Fortbildungen angesprochen werden. Diese Angebote richten sich an Personen im Staatsdienst (z.B. Diplomatinen und Diplomaten, Lehrerinnen und Lehrer, Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten, Beamtinnen und Beamte in den Ministerien für Finanzen, Verkehr und Landwirtschaft des Bundes und der Länder) und Angehörige anderer Berufsgruppen, etwa in der Justiz, Medizin, Architektur oder Stadtplanung.

Das ZWBE entwickelt ein umfassendes und mehrsprachiges Online-Bildungsangebot. Dabei ist es dem Grundsatz verpflichtet, Inhalte so weit als möglich im Rahmen von niederschweligen Open Access-Formaten bereitzustellen, und im Sinne des forschenden Lernens Sammlungs-, Archiv- und Bibliotheksbestände ebenfalls allgemein zugänglich zu machen. Das Dokumentationszentrum engagiert sich gemeinsam mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas für eine Weiterentwicklung des Gedenkstättenportals und des Aufbaus eines Digital Memory Labs für historische Orte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa.

Für die breitere Öffentlichkeit erarbeitet das ZWBE ein Veranstaltungsprogramm, das insbesondere auf niederschwellige Angebote setzt, um die Offenheit des Hauses über den reinen Ausstellungsbesuch hinaus sichtbar zu machen. Vor allem Gesprächs- und Dialogformate, in denen die Teilnehmenden eine aktive Rolle spielen können, sollten ausreichend Raum einnehmen. Mediale Zugänge zur Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft, etwa über Filme, aber auch Werkstattgespräche zur Entstehung von Ausstellungen oder die Präsentation einzelner Objekte aus der Sammlung sind dabei besonders geeignete Formate.

Die Bibliothek des ZWBE stellt die zentrale Fachliteratur zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa und deren Wirkungen bis heute (inkl. Quelleneditionen und Memoirenliteratur) zur Verfügung. Sie dient nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, sondern steht auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Bildungsprogramm des ZWBE zur Verfügung. Eine Aufnahme in die relevanten Bibliotheksverbände wird angestrebt.

C Forschung

Das ZWBE begreift Forschung als einen wesentlichen Bestandteil des europäischen Dialogs über die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa und betreibt eigene, auf die Anwendung in Ausstellungen, Bildungsprogrammen und Veranstaltungen hin ausgerichtete Forschung. Die Einwerbung zusätzlicher Projektmittel und die Beteiligung an gemeinsamen Anträgen mit anderen Institutionen im In- und Ausland wird angestrebt.

Zur institutionellen Stärkung des internationalen wissenschaftlichen Dialogs entwickelt das ZWBE ein Fellowship-Programm als Ort der Begegnung und des Gesprächs. Sechs Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler werden gleichzeitig und für jeweils ein Jahr für Konzeption, Bearbeitung oder Abschluss eines eigenen Forschungsprojekts zur Ereignis- und Wirkungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges an das ZWBE eingeladen. Die Fellows werden dabei in die Arbeit des ZWBE eingebunden. Neben wissenschaftlichem Potential ist bei der Auswahl insbesondere auf Internationalität und generationale Mischung zu achten. Die finanzielle Ausstattung der Fellowships muss familiengerecht und international konkurrenzfähig sein, die Sachausstattung die Durchführung der Fellowprojekte gewährleisten und finanziell so unterlegt sein, dass flexibel auf gegenwärtige Situationen und Herausforderungen reagiert werden kann. Die Erfahrungen anderer Institution zeigen, dass auf diesem Wege mit relativ geringem Finanzaufwand eine dauerhafte Internationalisierung und der Aufbau eines tragfähigen weltweiten Netzwerks zu erreichen sind.

Das ZWBE begreift sich als Teil einer internationalen Forschungslandschaft und Forschungsgemeinschaft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen an Konferenzen und Workshops zu einschlägigen Themen teil, und das ZWBE entwickelt eigene Tagungsformate, um den beständigen Austausch mit den relevanten Fachwissenschaften und musealen Einrichtungen im In- und Ausland zu stärken.

Das Dokumentationszentrum verfügt über eine eigene Sammlung, die auch Funktionen eines Archivs besitzt. Als Grundlage für Ausstellungsarbeit, Museumspädagogik und Bildungsarbeit, sowie als Gegenstand eigener, Fellow- und Fremdforschung kommt der Sammlung eine zentrale Bedeutung zu. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass im Laufe des nächsten Jahrzehnts europaweit verstärkt mit der Weitergabe von Nachlässen aus privatem Besitz zu rechnen ist.

Beim Aufbau einer eigenen Objekt- und Dokumentensammlung ist darauf zu achten, im Rahmen von Ankäufen nicht in Konkurrenz mit Einrichtungen in den ehemals besetzten Ländern zu treten. Außerdem muss die Sammlung über die notwendigen Ressourcen verfügen, um Restaurierung, Konservierung und Erhalt von Objekten und Dokumenten dauerhaft und fachgerecht sicherstellen zu können.

Bestandteil der Sammlung ist außerdem ein aufzubauendes Oral History-Archiv, das einen besonderen Schwerpunkt auf Berichte von Betroffenen der zweiten und dritten Generation legt, um die Forschung zu intergenerationalen Langzeitfolgen der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa zu fördern.

Eine zusätzliche Funktion ist die eines Hausarchivs, in dem die Arbeit des ZWBE dokumentiert wird.

D **Erinnern und Gedenken**

Das ZWBE ist durch sein Bestehen sowie durch sein Ausstellungs-, Bildungs-, Veranstaltungs- und Publikationsprogramm der sichtbarste Ausdruck des Bedürfnisses, den Opfern der deutschen Gewaltherrschaft über große Teile Europas während des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Es versteht seine Aufgabe darin, durch Dokumentation, Forschung und Diskussion zu einem lebendigen Ort der aktiven und immer wieder neuen Auseinandersetzung mit der Geschichte zu werden. In einer europäischen Gesellschaft, die in absehbarer Zeit nur noch aus Nachgeborenen bestehen wird, braucht es Dialog und Austausch, um gemeinsam jene Verantwortung übernehmen zu können, die aus dem Wissen um diese Geschichte und ihre Opfer resultiert.

Aus den Konsultationen mit Opferverbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gedenkstätten in ganz Europa im Rahmen des Offenen Forums ergeben sich zwei besonders große Befürchtungen: Einerseits ist dies die Sorge vor einer politischen Vereinnahmung des Ortes in einem nationalen Sinne, was dem Anspruch entgegenstehe, «bisher weniger beachtete Opfergruppen», d. h. auch die Opfergruppen jenseits nationaler Kategorien, sichtbar zu machen. Andererseits bestehen große Abneigungen gegen ritualisiertes Gedenken in der deutschen Hauptstadt, das einer aktiven Auseinandersetzung mit den Opfern und der Gewaltgeschichte deutscher Besatzung zuwiderlaufe. Der richtige Ort für auch zeremonielles Gedenken wird daher einmütig an den historischen Leidensorten in Deutschland und Europa gesehen.

In vollem Einklang mit den Anregungen und Wünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Offenen Forums wird das ZWBE als Kontrapunkt zur Ständigen Ausstellung und den Wechselausstellungen einen geschützten Ort für individuelle Reflexion und individuelles Opfergedenken entwickeln.

Weiterhin macht das ZWBE das vielfältige Opfergedenken in Europa (und auch darüber hinaus) für die Besucherinnen und Besucher sichtbar und lädt die europäische Zivilgesellschaft zur Partizipation an diesem Prozess der Sichtbarmachung ein.

E Struktur

Angesichts der Dimensionen der historischen Ereignisse und ihrer Bedeutung für die Gegenwart wird eine weithin sichtbare Institution errichtet, die beiden Aspekten durch ihre Größe und ihr Gewicht gerecht werden kann.

E 1 Rechtsform, Organe und Gremien

Der Deutsche Bundestag errichtet eine unselbständige Bundesstiftung öffentlichen Rechts, integriert in die Stiftung Deutsches Historisches Museum. Der Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum ist zugleich Präsident der neuen Stiftung. Das Kuratorium des DHM, in dem der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung und die Bundesländer vertreten sind, wird die Tätigkeit des neuen Dokumentationszentrums eng begleiten. Fünf Jahre nach Errichtung ist die Organisationsform der unselbstständigen Stiftung zu evaluieren.

Die neue Stiftung wird beraten von einem Wissenschaftlichen Beraterkreis. Ihm gehören 12 Mitglieder aus der relevanten internationalen Fachwissenschaft und thematisch verwandten musealen Einrichtungen an. Sie werden auf Vorschlag des Präsidenten des DHM mit Zustimmung des Kuratoriums für jeweils 6 Jahre berufen. Der Wissenschaftliche Beraterkreis wählt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, sowie eine Stellvertretung. Der Präsident des DHM und die Direktorin oder der Direktor des ZWBE gehören dem Wissenschaftlichen Beraterkreis von Amts wegen an.

Zur Beratung bei einzelnen Themenstellungen kann die Direktorin oder der Direktor des ZWBE wissenschaftliche Fachbeiräte für die Dauer des jeweiligen Projekts einberufen.

Auf Vorschlag des Präsidenten des DHM beruft der Wissenschaftliche Beraterkreis für jeweils 4 Jahre insgesamt 18 Mitglieder in das Forum Europäische Erinnerung aus dem Kreis der Verbände der Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft, deren Interessenvertretungen, zivilgesellschaftlicher Initiativen und regionaler Erinnerungsprojekte. Das *Forum Europäische Erinnerung* berät das ZWBE bei der Programmgestaltung und der internationalen Zusammenarbeit. Das *Forum Europäische Erinnerung* wählt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Die Stellvertretung übernimmt von Amts wegen der Präsident des DHM. Die Direktorin oder der Direktor des ZWBE gehört dem *Forum Europäische Erinnerung* von Amts wegen an.

E 2 Leitung

Die Direktorin oder der Direktor wird vom Kuratorium der Stiftung DHM auf Grundlage eines Vorschlags des Stiftungspräsidenten DHM besetzt. Die Direktorin oder der Direktor des ZWBE leitet die Arbeit des Dokumentationszentrums.

E 3 Ressorts

Das Direktorium des ZWBE wird Fachabteilungen mit den Aufgaben Ausstellung, Wissenschaftliches Programm, Veranstaltungen, Bildung, Forschung, Kommunikation und Internationale Zusammenarbeit schaffen. Die zentralen Dienste werden von der Verwaltungsdirektion des DHM zur Verfügung gestellt. Die Rechtsaufsicht liegt bei der oder dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

E 4 Standort und Raumprogramm

Das Bekenntnis des Deutschen Bundestags zur weiteren Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus findet eine hochwertige und ästhetisch überzeugende bauliche Entsprechung. Das ZWBE erhält deshalb einen eigenen Standort außerhalb der Gebäude des DHM in der Mitte Berlins. Das Raumprogramm des ZWBE mit Räumen für die Ständige Ausstellung, Wechselausstellungen, Veranstaltungen und für Tagungen, das Bildungsprogramm, für Bibliothek, Sammlung und Archiv, für Direktion, Mitarbeiterstab und Fellows geht von 15.000 m² Nutzfläche aus.

F Implementierung

Der Deutsche Bundestag beauftragt den Präsidenten der Stiftung Deutsches Historisches Museum, das zu beschließende Stiftungsgesetz umzusetzen und die Gründung der unselbständigen Stiftung Dokumentationszentrum «Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa» vorzubereiten.

Unterstützt wird er dabei von der am DHM angesiedelten Stabsstelle zur Errichtung des zukünftigen Dokumentationszentrums ZWBE, die als Nukleus des zukünftigen Hauses umgehend erweitert wird. Es ist dabei Sorge zu tragen, dass dem DHM für die Erfüllung dieser zusätzlichen Aufgaben die dafür notwendigen zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Präsident der Stiftung DHM unterbreitet dem Kuratorium des DHM Personalvorschläge zur Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beraterkreises und des *Forums Europäische Erinnerung*.

Die Stiftung DHM beginnt umgehend mit der Vorbereitung der kuratorischen Prozesse zur Gestaltung der Ständigen Ausstellung und der ersten Wechsellausstellungen. Ebenfalls beginnt der Aufbau der eigenen Sammlung, wofür die entsprechenden Ressourcen (z. B. Depot) zur Verfügung stehen müssen, und die Aufnahme von Berichten Überlebender und Betroffener der zweiten und dritten Generation.

Die Stiftung DHM entwickelt ein tragfähiges Konzept für eine Internetpräsenz, die kontinuierlich über den Aufbauprozess des Dokumentationszentrums informiert und auch für kleinere Online-Ausstellungen geeignet ist.

Vordringlichste Aufgabe ist die Klärung der Standortfrage in Zusammenarbeit mit den relevanten Bundes- und Landesbehörden.

G Anhänge

G 1 Raumprogramm

Allgemeine Raumanforderungen

Unterschiedliche Raumcharakteristika sollen den vielfältigen Anforderungen und den verschiedenen Funktionen des ZWBE gerecht werden. Damit entsteht dauerhaft und nachhaltig eine Grundlage für Aufarbeitung und Begegnung, Gedenken und Information.

Hierfür wird ein barrierefreies Bestandsgebäude oder ein barrierefreier Neubau in der Mitte Berlins benötigt. Aufgrund der zahlreichen Kriterien, die es hierbei zu berücksichtigen gilt, kommt dafür nur eingeschränkt ein historisches Gebäude in Frage, das einen erkennbaren Bezug zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa aufweist. Eine Alternative dazu bietet ein Neubau, wofür die Suche nach einem geeigneten Grundstück sowie die Auslobung eines Realisierungswettbewerbs nach den aktuellen Richtlinien für Planungswettbewerbe notwendig sind.

Raumbedarf

Bei der Nutzfläche gehen wir nach jetzigem Stand von den unten genannten Raumbedarfen aus. Als Berechnungsgrundlage diente dabei ein voraussichtliches Besuchsaufkommen von 756.000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr, 2.100 Besucherinnen und Besuchern pro Tag und eine maximale Anzahl von 700 gleichzeitig Anwesenden (bei Eröffnungen u. ä.).

Über die entsprechenden Konstruktions-, Technik- und Verkehrsflächen können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben gemacht werden.

Besuchsservice				ca. 1.380 m²
Foyer mit Information und Ticketing (inkl. Lagerraum)				450
Buchladen (inkl. Lagerraum)				180
Garderobe und Schließfächer				150
Café/Restaurant (inkl. Gastraum, Küche, Lager- und Nebenräume)				520
WC/Sanitär mit Wickelmöglichkeit				80
Ausstellung				ca. 6.460 m²
Ständige Ausstellung				4.000
Wechsausstellung				2.000
Seminar- und Workshopräume Bildung				240
Lagerräume für Ausstellungstechnik sowie Bildung				90
Pausenraum Aufsichten				30
Umkleieräume Aufsichten mit Dusche				40
WC/Sanitär				60
Erinnern und Gedenken				ca. 400 m²
Raum für individuelles Gedenken und Reflexion				400
Veranstaltungen				ca. 1.200 m²
Auditorium mit Dolmetscherkabinen				800
Konferenzräume				300
Lagerraum Veranstaltungsbedarf				60

WC/Sanitär				40
Bibliothek				ca. 1.530 m²
Lesesaal				600
Sammlung, Oral History-Archiv und Magazin				900
WC/Sanitär				30
Personal Leitung und Ressorts				ca. 1.760 m²
Pforte (Schleusenraum und Schlüsselausgabe)				20
Einzelbüro Direktorin oder Direktor				40
Vorzimmer Direktorin oder Direktor				20
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Direktorin oder Direktor				40
Büros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ressorts				1.030
Besprechungsräume				180
Hausarchiv				50
Kopierraum mit Papierlager				20
Lagerraum für Büromaterial				20
Büros Fellowship-Programm				150
Teeküche mit Sitzgelegenheit				30
WC/Sanitär				40
Erste-Hilfe-Raum				20
Logistik				ca. 2.205 m²
Anlieferung				75
Zwischendepot				250
Hauptdepot				1.350
Lagerräume für Klimakisten und Rahmen				100
Restaurierung/Werkstätten				250
Raum für Gabelstapler und Hubwagen				30
Lastenaufzug				25
EDV- und Serverraum				40
Müll- und Putzmittelraum				50
Wache (Brand- und Einbruchmeldeanlage, Rettungswegtechnik)				35

Zu den Bereichen im Einzelnen:

Besuchsservice (ca. 1.380 m²)

Neben der Verteilerfunktion zu den unterschiedlichen Bereichen des ZWBE muss das Foyer Raum für Kassen- und Informationsplätze, die Audioguide-Ausgabe, Garderoben sowie (um den Personalaufwand gering zu halten):

überwiegend) Schließfächer (inkl. Gruppencontainer) bieten. Neben individuellen Besuchen ist hier insbesondere von einem erhöhten Aufkommen von Schulklassen und Seminargruppen auszugehen.

Hinzu kommen ein Café/Restaurant für die Gäste, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugleich als Kantine dient und dessen Küche zudem für die Bewirtung bei Konferenzen und Workshops genutzt werden kann, sowie ein Buchladen mit internationaler Literatur zur Geschichte und Nachgeschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa.

Ausstellung (ca. 6.450 m²)

Für die Ständige Ausstellung und die Wechelausstellungen als Kernstück des ZWBE sind großzügige, flexibel teilbare Ausstellungsflächen mit einer Raumhöhe von min. 6 m, unterschiedlichen klima- und lichttechnischen Anforderungen (u. a. für Exponate, für digitale Anwendungen etc.), der Toleranz außergewöhnlich hoher Gewichtsbelastungen von 1000kg/m² sowie akustisch abgeschirmten Räumen für Projektionen nötig.

An die Ausstellungsflächen angrenzend sind Seminar- und Workshopräume mit multimedialer Ausstattung und guter, nicht hallender Akustik erforderlich. Hierbei ist von mehreren Räumen auszugehen (ggf. einer mit mobilen, schalldämmenden Raumtrennwänden), um ein paralleles Programm für mehrere Schulklassen oder eine Aufteilung größerer Gruppen zu ermöglichen.

Je ein Raum zur Lagerung von Ausstellungs- (Leuchtensysteme, Sockel, Trennwände, Vitrinen, Aufsteller, Tensatoren u. ä.) sowie Seminar-/Workshopbedarf (Materialwagen Hands-on-Material, u. ä.) muss in der Nähe der Ausstellungsflächen ebenso eingeplant werden wie ein Pausenraum sowie Umkleiden mit Duschen für die Aufsichten.

Raum für individuelles Gedenken und Reflexion (ca. 400 m²)

An herausgehobener Stelle in unmittelbarer Nähe zur Ständigen Ausstellung muss ein geschützter Ort geschaffen werden, der individuelles Opfergedenken und individuelle Reflexion ermöglicht. Es wird Aufgabe eines Gestaltungswettbewerbs sein, für einen solchen Raum eine würdige Form zu finden.

Veranstaltungen (ca. 1.200 m²)

Ein wichtiger Aufgabenbereich wird die internationale Vernetzung und Vermittlung aktueller geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa sein. Das Gebäude sollte daher über die räumlichen Möglichkeiten verfügen, unterschiedliche Formate von kleinen Workshops mit 10-20 Teilnehmenden bis hin zu großen Symposien mit 300 und mehr Teilnehmenden veranstalten zu können. Erforderlich wären hierzu ein Auditorium mit nicht weniger als sechs Dolmetscherkabinen sowie verschieden große Konferenzräume (ggf. ein Raum mit mobilen, schalldämmenden Raumtrennwänden) mit multimedialer Ausstattung, flexiblen Verdunklungsoptionen und sehr guter Akustik.

In unmittelbarer Nähe wird ein Raum zur Lagerung von Veranstaltungsbedarf (Flyerstände, Medientechnik, Beleuchtung, Lautsprechertürme, Rückwände, Podeste, Pulte, Stühle, Tensatoren u. ä.) benötigt.

Bibliothek mit Lesesaal, Oral History-Archiv und Magazin (ca. 1.350 m² gesamt)

Zentral für die Dokumentationsstätte sind eine Bibliothek mit Lesesaal (18 allgemeine Arbeitsplätze, mindestens 1 Mikrofiche-Arbeitsplatz sowie akustisch abschließbare Einzel- und Gruppenarbeitsplätze), ein umfangreiches Archiv und ein Magazin (ggf. mit Kompaktanlage und entsprechend berücksichtigter Bodenbelastung sowie Licht- und Klimatechnik). Der Lesesaal muss auch Möglichkeiten zur Nutzung des Oral History-Archivs sowie Beständen aus der Sammlung bieten.

Personal Leitung und Ressorts (ca. 1.750 m² gesamt)

Für die Leitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ressorts sind Büros in verschiedenen Größen erforderlich; für das internationale Fellowship-Programm kommen mindestens 6 Arbeitsplätze hinzu (Platzreserve für projektbezogenen Mehrbedarf).

Mindestens zwei unterschiedlich große Besprechungsräume werden ebenso benötigt wie ein Hausarchiv mit entsprechend berücksichtigter Bodenbelastung, das die Akten und das laufende Schriftgut des ZWBE von Beginn an bewahrt und registriert.

Basierend auf den Regelungen der Arbeitsstättenverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales müssen zudem eine Teeküche mit Sitzgelegenheit sowie ein Erste-Hilfe-Raum eingeplant werden.

Logistik (ca. 2.205 m2 gesamt)

Für den Transport von Exponaten sowie die allgemeine Ver- und Entsorgung bedarf es einer Anlieferung mit Klimaschleuse, Regenschutz, LKW-Zufahrt und Zwischendepot. Eingeplant werden muss zudem ein Raum für Gabelstapler und Hubwagen mit Elektroanschluss.

Das Hauptdepot sowie die Lagerräume für Klimakisten und Rahmen müssen über schwellenlose Objekttransportwege erreichbar sein; die Lagerräume müssen zudem über Abgasanlagen verfügen. Das Hauptdepot kann ggf. in einer externen Liegenschaft untergebracht sein.

Zur Ausstellungsvorbereitung und Erhaltung der Exponate sind zudem Räumlichkeiten für Restaurierungsarbeiten mit den entsprechenden licht- und klimatechnischen Bedarfen sowie einem Wasseranschluss unabdingbar.

Alle Raum- und Türhöhen (auch jene des Lastenaufzugs) müssen mit jenen der Ausstellungsflächen sowie der Depots übereinstimmen; gleichbleibende Lichtverhältnisse müssen gewährleistet werden können. Alle Wege müssen Rangierflächen bieten. Hinzu kommen in diesem Bereich diverse Bedarfe der Haustechnik.

G 2 Dokumentation Offenes Forum

1. Bedarf und Ziele

Seit Mai 2021 erreichten das DHM erste Anfragen zum Projekt seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem In- und Ausland, die sich im Themenbereich des ZWBE engagieren. In diesem Rahmen fanden bilaterale Gespräche statt, in denen der Wunsch nach Dialog und Austausch erneuert wurde. Die Stabsstelle hat diesen Wunsch gerne aufgenommen und ein Konzept für das Offene Forum erarbeitet. Das Offene Forum versteht sich als Plattform für einen strukturierten Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Opferverbänden, lokalen Geschichtsprojekten und Gedenkstätten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus Deutschland und allen ehemals von Deutschland besetzten Ländern und Regionen. Drei Ziele sollten mit dem Offenen Forum erreicht werden:

- Information über den Zwischenbericht von Mai 2021, den Stand der Arbeiten am Realisierungsvorschlag und den weiteren Prozess;
- Tiefergehende Diskussion ausgewählter Fragestellungen, die die Interessen der Adressatinnen und Adressaten in besonderer Weise betreffen bzw. in hohem Maße von einer partizipativen Bearbeitung profitieren;
- Ideenfindung für eine Verstetigung des mit dem Offenen Forum begonnenen Dialogs.

2. Planung

Im August 2021 begannen die Planungen für das Offene Forum mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes über die Kulturabteilungen der deutschen Auslandsvertretungen in allen ehemals besetzten Ländern. Diese Gebiete erstrecken sich über 27 heutige europäische Staaten sowie Teile Nordafrikas. Die Kulturabteilungen übermittelten der Stabsstelle im September 2021 ihre Vorschläge für mögliche Gäste, wobei die Anzahl von Nominierungen von Land zu Land stark schwankte. Die Stabsstelle behielt sich dabei Ansprache und Einladung vor.

Auf der Grundlage der Rückmeldungen seitens der Botschaften, eigenen Recherchen und bestehender Kontakte identifizierte die Stabsstelle ca. 145 Persönlichkeiten, Organisationen und Einrichtungen aus dem In- und Ausland, deren Beteiligung am Offenen Forum besonders relevant erschien. Diese Anzahl machte es im Zusammenspiel mit pandemiebezogenen Reiseeinschränkungen sowie begrenzten zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen notwendig, das Offene Forum als Online-Veranstaltungsreihe zu planen. Hierzu wurden für die zweite Oktoberhälfte 2021 (KW 42 und 43) insgesamt sieben Einzeltermine à zweieinhalb Stunden Dauer als Webex-Meetings angesetzt. Mit Ausnahme einer deutschsprachigen Runde wurde Englisch als Arbeitssprache vereinbart. Um der Wertschätzung Gewicht zu verleihen und möglichen Marginalisierungstendenzen vorzubeugen, wurde für die europäischen Vertreterinnen und Vertreter der Sinti und Roma mit Unterstützung durch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma ein eigener Termin eingerichtet.

Die Einladungen erfolgten mit ca. zweiwöchigem Vorlauf per E-Mail. Teil der Einladung waren drei Fragen, die der Vorbereitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Diskussionen während des Offenen Forums dienten. Sie bezogen sich auf zentrale Aspekte der im Bundestagsbeschluss formulierten Anforderungen an den Realisierungsvorschlag:

- Welchen Themen der Besetzungsgeschichte erachten Sie als wesentlichen und notwendigen Bestandteil einer zukünftigen Ausstellung? Welche Aspekte wurden gerade in Deutschland bislang vernachlässigt?
- Wie sähen Ihrer Meinung nach würdige Formen des Erinnerns und Gedenkens im musealen Kontext aus? Welche spezifischen Bedürfnisse sollten wir beachten?
- Haben Sie Interesse, den Dialog mit uns während des langen Prozesses der Errichtung des zukünftigen Dokumentationszentrums aufrechtzuerhalten? Welches Format stellen Sie sich für eine solche Beteiligung vor?

3. Resonanz

Die Planungen zum Offenen Forum wurden bereits auf Seiten der Auslandsvertretungen in den ehemals besetzten Ländern mit großem Interesse aufgenommen. Gleichzeitig gab es erste Hinweise darauf, dass das Thema der deutschen Besetzungsherrschaft in den Zivilgesellschaften der betroffenen Länder unterschiedlich starke Relevanz besitzt. Beispielsweise überlagert auf dem Westbalkan die jüngere Gewaltgeschichte ältere Erfahrung aus der Zeit der Besetzung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg. Dessen ungeachtet stießen die Einladungen zum Offenen Forum auf eine große und breite Resonanz, wobei die anteiligen Zusagen aus Deutschland diejenigen aus dem Ausland noch überstiegen.

4. Durchführung

An den einzelnen Meetings im Rahmen des Offenen Forums nahmen Interessierte aus Deutschland sowie aus den folgenden ehemals besetzten Ländern bzw. Gebieten teil: Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanalinseln, Kosovo, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Ungarn. Weiterhin nahmen Gäste aus Kroatien teil. Bei den Gesprächsrunden nicht vertreten waren: Albanien, Belarus, Monaco, Litauen, Tschechische Republik, San Marino, Tunesien. Zum Teil konnte mit diesen Eingeladenen ein schriftlicher Austausch erfolgen.

Alle Meetings folgten demselben Ablauf. Zu Beginn stellte die Stabsstelle sich und ihre Arbeit am Realisierungsvorschlag vor. Sie klärte über die frühe Projektphase auf und skizzierte den wahrscheinlichen weiteren Ablauf nach der Übermittlung des Realisierungsentwurfs in groben Zügen. Rückfragen wurde Raum gegeben. Im Anschluss daran wurden die o. g. Fragen nacheinander diskutiert. Diejenigen Diskutantinnen und Diskutanten, deren Beiträge zu einer der Fragen im Gespräch nicht berücksichtigt werden konnten, griffen die Anregung, Ungesagtes und Ergänzungen per E-Mail nachzureichen, dankbar auf. Den Abschluss bildete die Ankündigung, im Frühjahr 2022 werde die Stabsstelle erneut im Sinne einer Weiterführung der begonnenen Gespräche auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zukommen.

5. Ergebnisse

In allen zentralen Punkten unterstützten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Offenen Forums den Beschluss des Deutschen Bundestages von Oktober 2020 und die bisherige Arbeit des DHM. Große und einmütige Zustimmung gab es namentlich hinsichtlich der folgenden Aspekte:

- Ständige Ausstellung: Die Grundprinzipien der zukünftigen Ständigen Ausstellung wurden einmütig geschlossen und mit Nachdruck begrüßt. Der Vorschlag einer thematischen Gliederung stieß auf einhellige Zustimmung. Einig waren sich alle Gäste darin, nur auf diese Weise eine europäische Perspektive sinnvoll umsetzen zu können, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede darstellt. Auf breite Zustimmung stieß auch der Ansatz, die Gewaltgeschichte deutscher Besetzungsherrschaft entlang der ideengeschichtlichen Verankerung in der nationalsozialistischen Ideologie, der an den Verbrechen beteiligten Täterinnen und Täter, bzw. den sozialen Gruppen, denen sie angehörten, sowie – gleichrangig damit – den Erfahrungen der Besetzten zu erzählen.
- Erinnern und Gedenken: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Offenen Forum nahmen die im Bundestagsbeschluss formulierte Funktion des zukünftigen Dokumentationszentrums im Hinblick auf Erinnern und Gedenken kritisch auf. Sie äußerten ihre Sorge vor einer politischen Vereinnahmung des Ortes und vor einer Abwertung der primären Funktion als Dokumentationszentrum. Vielfach wurde auf den fehlenden historischen Ortsbezug hingewiesen; den richtigen Platz für Gedenken sahen nahezu alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausschließlich an den historischen Leidensorten. Nur ein deutscher Teilnehmer regte eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Gedenken an die Opfer auf einer Freifläche des zukünftigen Dokumentationszentrums (Denkmal im Freien) an. Gleichwohl bestand unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Einigkeit darüber, dass individuelles Gedenken im Kontext des Dokumentationszentrums ermöglicht werden

solle. Auf große Zustimmung stieß die von verschiedenen Gästen unabhängig voneinander vorgebrachte Idee eines Raumes, der als Gegenpol zu den belastenden Inhalten der Ständigen Ausstellung individuelle Kontemplation und Reflexion möglich machen könnte. Zudem brachten zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Auffassung zum Ausdruck, dass zu einem würdigen Gedenken vor allem die dialogische Auseinandersetzung mit den Verbrechen gehöre. Daher sahen sie den Handlungsbedarf primär im Bereich des Bildungsprogramms und der Forschung.

- Partizipation: Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer drückten den Eindruck der Wertschätzung aus, den die Einladung zum Offenen Forum bei Ihnen hervorgerufen habe, und äußerten den Wunsch, über den Fortgang des Projekts informiert zu werden. Vielfach wurde die große Bereitschaft zu einer aktiven Beteiligung am Projekt signalisiert, wobei das Spektrum der angebotenen Unterstützung entsprechend den diversen Hintergründen der Gäste sehr breit ausfiel. Im Hinblick auf das Format der Partizipation wurde einer sachbezogenen Einbindung der Vorrang gegeben, während der Wunsch nach einem formalisierten Rahmen nur zweimal geäußert wurde.

Als wichtige Ergebnisse können auch die zahlreichen Anregungen und Hinweise gelten, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer formulierten:

- Verschiedene Teilnehmerinnen und Teilnehmer regten Wechselausstellungen zum Themenbereich Kindheit und Besetzung an und sicherten hierfür ihre Unterstützung zu. Genannt wurden u. a. die Themen «Geraubte Kinder und Germanisierung», «Lebensborn in den besetzten Gebieten» und «Besatzungskinder».
- Zudem wurde – besonders aus den Nicht-EU-Ländern – der Wunsch geäußert, für das zukünftige Dokumentationszentrum digitale und analoge Outreach-Formate zu entwickeln. Damit sollen partizipative und dialogische Bildungsangebote für bi- oder multilaterale Gruppen in Berlin und in den ehemals besetzten Ländern ermöglicht werden. Zugleich würden auf diese Weise historische Orte in Deutschland und Europa gestärkt. Etablierte und regional vernetzte Bildungsträger signalisierten ihre Unterstützung.
- Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen äußerten ihr reges Interesse an einer Kooperation bei Konzeption und anwendungsbezogener Forschung. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Einladungen an das DHM ausgesprochen.
- Viele Gäste machten konkrete Unterstützungsangebote für den Aufbau einer Sammlung für das zukünftige Dokumentationszentrum, was von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als wichtige Aufgabe gesehen wurde.
- Verschiedene Teilnehmerinnen und Teilnehmern riefen zu einer Reflexion des Umgangs mit Kunst im Kontext des zukünftigen Dokumentationszentrums auf. Dabei wurden drei Schwerpunkte genannt: Kunst aus der Besatzungszeit in der Ständigen Ausstellung bzw. in den Wechselausstellungen, künstlerische Repräsentationen von Besatzung aus der Nachkriegszeit sowie Raum für gegenwärtige künstlerische Interventionen.

Übersicht: Einladungen zum Offenen Forum

- Christoph Heubner, Internationales Auschwitz Komitee
- Stanisław Zalewski, Polski Związek byłych Więźniów Politycznych Hitlerowskich Więzień i Obozów Koncentracyjnych, Polen
- Roman Kwiatkowski, Stowarzyszenie Romów w Polsce, Polen
- Władysław Kwiatkowski, Stowarzyszenie Romów w Polsce, Polen
- Prof. Dr. Sławomir Kaprański, Stowarzyszenie Romów w Polsce, Polen
- Aleksandra Leliwa-Kopystyńska, Stowarzyszenie Dzieci Holocaustu w Polsce, Polen
- Jerzy Kalwary, Stowarzyszenie Żydów Kombatantów i Poszkodowanych w II Wojnie Światowej, Polen
- Janusz Maksymowicz, Związek Kombatantów Rzeczypospolitej Polskiej i Byłych Więźniów Politycznych, Polen
- Zbigniew Galperyn, Związek Powstańców Warszawskich, Polen
- Anna Stupnicka-Bando, Polskie Towarzystwo Sprawiedliwych Wśród Narodów, Polen
- Światowy Związek Żołnierzy Armii Krajowej, Polen
- Jacques Fredj, Mémorial de la Shoah, Frankreich

- Bruno Boyer, Mémorial de la Shoah, Frankreich
- Alain Chouraqui, Camp des Milles, Frankreich
- Odile Boyer, Camp des Milles, Frankreich
- Raphaël Esrail, Union des déportés d'Auschwitz, Frankreich
- Marie-France Cabeza-Marnet, Comité International de Ravensbrück/«Résurrection», Frankreich
- Dr. Lise Foisneau, Frankreich
- Dr. Gilly Carr, Cambridge University, Kanalinseln
- Tom Renfrey, Guernsey Deportees Association, Kanalinseln
- Richard Heaume, German Occupation Museum, Kanalinseln
- Piet Veldeman, Fort Breendonk, Belgien
- Claire Pahaut, Groupe Mémoire, Belgien
- Tomas Baum, Kazerne Dossin, Belgien
- Regina Suchowolski-Sluszny, Forum for joodse organisaties, Belgien
- Claude Wolf, Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale, Luxemburg
- Guy Dockendorf, Fondation nationale de la résistance, Luxemburg
- Joseph Lorent, Fédération des Enrôlés de force, Luxemburg
- Marc Schoentgen, Comité Auschwitz, Luxemburg
- Benoît Niederkorn, Musée National d'Histoire Militaire, Luxemburg
- Henny Granum, Danske Krigsbørn, Dänemark
- Arne Øland, Danske Krigsbørn, Dänemark
- Karl Christian Lammers, Saxo-Institutet, Dänemark
- Frihedsmuseet/Nationalmuseet, Dänemark
- Søren Tange Rasmussen, Besættelsesmuseet i Århus 1940-45, Dänemark
- Janusz Møller Jensen, Dansk Jødisk Museum, Dänemark
- Helga Arntzen, Den Norske Buchenwald Foreningen, Norwegen
- Torill Torp-Holte, Jødisk Museum i Oslo, Norwegen
- Prof. Dr. Guri Hjeltnes, HL-senteret, Norwegen
- Prof. Dr. Claudia Lenz, HL-senteret, Norwegen
- Benjamin Geissert, HL-senteret, Norwegen
- Gunnar D. Hatlehol, Norwegen
- Dr. Erik Somers, NIOD, Niederlande
- Dr. René de Kok, NIOD, Niederlande
- Emile Schrijver, Joods Cultureel Kwartier Amsterdam, Niederlande
- Dr. Raymund Schütz, Stadtarchiv Den Haag, Niederlande
- Wiel Lenders, Vrijheidsmuseum Groesbeek, Niederlande
- Christine Gispén-de Wied, Stichting Sobibor, Niederlande
- Athanasios Papadopoulos, Netzwerk der Märtyrerstädte und Märtyrerdörfer, Griechenland
- Central Board of Jewish Communities in Greece, Griechenland
- Prof. Dr. Moysis Elisaf, Jewish Community of Ioannina, Griechenland
- Panos Poulos, Filoxenia, Griechenland
- Artemis Alcalay, Griechenland

- Dr. Eugenia Alexaki, Hellenic Open University/University of Western Macedonia, Griechenland
- Prof. Dr. Nikolaos Apostolopoulos, Zeitzeugenprojektes „Erinnerungen an die Okkupation in Griechenland“/FU Berlin, Griechenland
- Orlando Materassi, Associazione Nazionale Ex Internati, Italien
- Prof. Dr. Silvia Pascale, Associazione Nazionale Ex Internati, Italien
- Enzo Orlanducci, Associazione Nazionale Reduci dalla Prigionia, Italien
- Enrico Pieri, Associazione Martiri Sant’Anna di Stazzema, Italien
- Dario Venegoni, Associazione Nazionale Ex Deportati, Italien
- Gianfranco Pagliarulo, Associazione Nazionale Partigiani Italiani, Italien
- Tiziano Zanisi, Associazione Nazionale Divisione „Acqui“, Italien
- Prof. Dr. Isabella Insolubile, ANDA, Italien
- Prof. Dr. Federico Goddi, ANDA, Italien
- Prof. Dr. Andrea Pető, Central European University, Ungarn
- Marcell Kenesei, Bálint Ház Budapest, Ungarn
- Magyarországi Zsidó Hitközségek Szövetsége, Ungarn
- Angelika Anoschko, Internationale gesellschaftliche Vereinigung «Verständigung», Belarus
- Dr. Aliaksandr Dalhouski, Geschichtswerkstatt «Leonid Lewin», Belarus
- Dr. Yuliya von Saal, IfZ, Belarus
- Prof. Dr. Oleg Budnickij, HSE Moskau, Russland
- Prof. Dr. Ilya Altman, Holocaust Research and Education Center Moscow, Russland
- Prof. Dr. Pavel Polian, Russland
- Dr. Natalija Timofeeva, Regionalzentrum für Oral History/VIHT, Russland
- Milovan Pisarri, Centre for Public History, Serbien
- Jadranka Ivkovic, ERIAC Serbia, Serbien
- Robert Sabados, Bund jüdischer Gemeinden, Serbien
- Marijana Stankovic, Gedenkmuseum Kragujevac, Serbien
- Zuvdija Hozic, SUBNOR, Montenegro
- Dragan Mitov Djurovic, SUBNOR, Montenegro
- Tea Gorjanc Prelevic, Human Rights Action, Montenegro
- Adela Demetja, Tirana Art Lab, Albanien
- Nehari Sharri, Forum Ziviler Friedensdienst e.V. Pristina, Kosovo
- Leke Rezniki, Friendship Association Kosova-Israel, Kosovo
- Dr. Vladimir Prebilič, Defence Research Centre/Universität Ljubljana, Slowenien
- Boris Hajdinjak, Synagoge Maribor, Slowenien
- Robert Walzl, Jewish Cultural Center Ljubljana, Slowenien
- Prof. Dr. Janez Žmavc, Verband der geraubten Kinder, Slowenien
- Michal Schuster, Institut der Theresienstädter Initiative, Tschechien
- Ondřej Matějka, ÚSTR, Tschechien
- Eduard Stehlík, Gedenkstätte Lidice, Tschechien
- Michal Stránský, Theresienstädter Initiative, Tschechien
- Dr. Martin Korčok, SNM-MŽK-Múzeum holokaustu v Sereďi, Slowakei

- Andrej Čierny, Antikomplex, Slowakei
- Sandra Polovková, Post Bellum, Slowakei
- Borys Sabarko, Allukrainische Vereinigung der Juden, ehemaligen KZ-Lager- und Ghetto-Häftlinge, Ukraine
- Roman Schwarzmann, Regionaler Verein der Juden - ehemaligen Ghetto und NS-Konzentrationslager Gefangenen Odessa, Ukraine
- Nadezhda Slesareva, Ukrainischer Verband der Häftlinge und NS-Opfer Kiew, Ukraine
- Markian Demydov, Ukrainischer Verband der Häftlinge und NS-Opfer Kiew, Ukraine
- Tetiana Storozhko, Youth Agency for the Advocacy of Roma Culture «ARCA», Ukraine
- Natali Tomenko, Youth Agency for the Advocacy of Roma Culture «ARCA», Ukraine
- Vova Yakovenko, Youth Agency for the Advocacy of Roma Culture «ARCA», Ukraine
- Dr. Ihor Shchupak, Ukrainisches Zentrum für Holocaust-Forschung & Museum für Jüdische Erinnerung und Holocaust in der Ukraine Dnipro, Ukraine
- Kamilė Rupeikaitė, Vilniaus Gaono žydų istorijos muziejus, Litauen
- Ronaldas Račinskas, International Commission for the Evaluation of the Nazi and Soviet Occupation Regimes in Lithuania, Litauen
- Rūta Matimaitytė, Litauen
- Solvita Vība, Museum of the Occupation of Latvia, Lettland
- Dr. Gints Apals, Museum of the Occupation of Latvia, Lettland
- Pēteris Kalniņš, Museum of the Occupation of Latvia, Lettland
- Ilya Lenski, Jüdisches Museum Riga, Lettland
- Lolita Tomsone, Zanis Lipke Memorial, Lettland
- Martin Andreller, Estonian Institute for Historical Memory, Estland
- Meelis Maripuu, Estonian Institute for Historical Memory, Estland
- Ajaloomuuseum, Estland
- Jewish Community of Estonia, Estland
- Jacob Lellouche, Dar Edhekra, Tunesien
- Bibijana Papo Hutinec, Kroatien
- Dr. Danijel Vojak, Kroatien
- Romeo Franz, Europäisches Parlament, Deutschland
- Timea Junghaus, ERIAC, Deutschland
- Anna Mirga-Kruszelnicka, ERIAC, Deutschland
- André Raatzsch, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Deutschland
- Jan Kreutz, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Deutschland
- Frédéric Bonnesoeur, KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V., Deutschland
- Florian Wieler, Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik, Deutschland
- Kamil Majchrzak, Internationales Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, Deutschland
- Bildungswerk Stanisław Hantz e.V., Deutschland
- Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Deutschland
- Dr. Axel Drecol, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Deutschland
- Dr. Andrea Genest, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Deutschland

- Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Stiftung Ettersberg, Deutschland
- Dr. Axel Doßmann, Geschichtsort Villa ten Hompel, Deutschland
- Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, Deutschland
- Jens Nagel, Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain, Deutschland
- Andreas Ehresmann, Gedenkstätte Lager Sandbostel, Deutschland
- Oliver Nickel, Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne, Deutschland
- Dr. Katja Happe, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Deutschland
- Daniel Botmann, Zentralrat der Juden in Deutschland, Deutschland
- Rüdiger Mahlo, Conference on Jewish Material Claims Against Germany, Deutschland
- Lukas Welz, AMCHA Deutschland e.V., Deutschland
- Philipp Sonntag, Child Survivors Deutschland e. V., Deutschland

Übersicht: Teilnahmen am Offenen Forum

- Władysław Kwiatkowski, Stowarzyszenie Romów w Polsce, Polen
- Prof. Dr. Sławomir Kapralski, Stowarzyszenie Romów w Polsce, Polen
- Aleksandra Leliwa-Kopystyńska, Stowarzyszenie Dzieci Holocaustu w Polsce, Polen
- Bruno Boyer, Mémorial de la Shoah, Frankreich
- Alain Chouraqui, Camp des Milles, Frankreich
- Marie-France Cabeza-Marnet, Comité International de Ravensbrück/«Résurrection», Frankreich
- Dr. Gilly Carr, Cambridge University, Kanalinseln
- Claire Pahaut, Groupe Mémoire, Belgien
- Regina Suchowolski-Sluszny, Forum for joodse organisaties, Belgien
- Claude Wolf, Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale, Luxemburg
- Joseph Lorent, Fédération des Enrôlés de force, Luxemburg
- Henny Granum, Danske Krigsbørn, Dänemark
- Arne Øland, Danske Krigsbørn, Dänemark
- Prof. Dr. Claudia Lenz, HL-senteret, Norwegen
- Dr. Erik Somers, NIOD, Niederlande
- Christine Gispén-de Wied, Stichting Sobibor, Niederlande
- Artemis Alcalay, Griechenland
- Dr. Eugenia Alexaki, Hellenic Open University/University of Western Macedonia, Griechenland
- Orlando Materassi, Associazione Nazionale Ex Internati, Italien
- Prof. Dr. Silvia Pascale, Associazione Nazionale Ex Internati, Italien
- Prof. Dr. Isabella Insolubile, ANDA, Italien
- Prof. Dr. Federico Goddi, ANDA, Italien
- Marcell Kenesei, Bálint Ház Budapest, Ungarn
- Dr. Aliaksandr Dalhouski, Geschichtswerkstatt «Leonid Lewin», Belarus
- Prof. Dr. Pavel Polian, Russland
- Dr. Natalija Timofeeva, Regionalzentrum für Oral History/VIHT, Russland
- Milovan Pissari, Centre for Public History, Serbien
- Nehari Sharri, Forum Ziviler Friedensdienst e.V. Pristina, Kosovo

- Leke Rezniki, Friendship Association Kosova-Israel, Kosovo
- Dr. Vladimir Prebilič, Defence Research Centre/Universität Ljubljana, Slowenien
- Boris Hajdinjak, Synagoge Maribor, Slowenien
- Prof. Dr. Janez Žmavc, Verband der geraubten Kinder, Slowenien
- Sandra Polovková, Post Bellum, Slowakei
- Tetiana Storozhko, Youth Agency for the Advocacy of Roma Culture «ARCA», Ukraine
- Dr. Gints Apals, Museum of the Occupation of Latvia, Lettland
- Pēteris Kalniņš, Museum of the Occupation of Latvia, Lettland
- Martin Andreller, Estonian Institute for Historical Memory, Estland
- Bibijana Papo Hutinec, Kroatien
- Dr. Danijel Vojak, Kroatien
- André Raatzsch, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Deutschland
- Jan Kreutz, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Deutschland
- Frédéric Bonnesoeur, KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V., Deutschland
- Florian Wieler, Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik, Deutschland
- Kamil Majchrzak, Internationales Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, Deutschland (zusätzlich Vertretung für: Stanisław Zalewski, Polski Związek byłych Więźniów Politycznych Hitlerowskich Więzień i Obozów Koncentracyjnych, Polen)
- Dr. Axel Doßmann, Geschichtsort Villa ten Hompel, Deutschland
- Andreas Ehresmann, Gedenkstätte Lager Sandbostel, Deutschland
- Dr. Katja Happe, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Deutschland

G 3 Orientierungspunkte für eine Kostenschätzung

Baukosten

Die Kosten für einen geeigneten Neubau für das Dokumentationszentrum ZWBE belaufen sich bei einer Berechnungsgrundlage von 15.000 m² Nutzfläche Euro auf ca. 120 Millionen Euro (1 m² zu 8.000 €). Die Verantwortung für die weitere Ausarbeitung des Raumkonzeptes inklusive Kostenschätzung im Zuge einer Machbarkeitsstudie liegt bei der Bundesanstalt für Immobilien (BImA). Die Kosten für eine sachgerechte bauliche Ausstattung eines alternativ in Frage kommenden Bestandsgebäudes richten sich nach dem konkreten Objekt und können daher nicht belastbar geschätzt werden.

Realisierung der Ständigen Ausstellung

Die Kosten für die Realisierung der Ständigen Ausstellung belaufen sich auf ca. 14 Millionen Euro. Grundlage der Berechnung bilden die geplante Ausstellungsfläche von 4.000 m² und in vergleichbaren Vorhaben bewährte Realisierungskosten von 3.500 Euro pro m² Ausstellungsfläche.

In diesen Kosten sind enthalten etwa Aufwendungen für: Ausstellungsarchitektur, Ausstellungslicht, Ausstellungsgrafik, Ausstellungsmedien (Hardware), dazugehörige Planerhonorare, Transport von Leihgaben, Erstellung von Reproduktionen/Faksimile/digitalen Exponaten/Audioguide. Nicht enthalten sind Personal- und Personalnebenkosten (Werkverträge, Workshops, Dienstreisen etc.), Aufwendungen für Marketingmaßnahmen und Begleitpublikationen.

Betriebskosten

Personalmittel

Für eine Institution der skizzierten Größenordnung müssen als Mindestwert etwa 6 Millionen Euro an Personalkosten für Dauerstellen angenommen werden. Weitere Kosten entstehen durch befristete Stellen für Projekte (etwa Wechselausstellungen).

Fellowship-Programm

Um die internationale Konkurrenzfähigkeit sicherzustellen, muss mit einem Mindestwert eines Jahresstipendiums von 100.000 Euro pro Fellow ausgegangen werden. Bei sechs Fellowships pro Jahr ist mit Mindestkosten von 600.000 Euro zu rechnen.

Realisierung von Wechselausstellungen

Erfahrungsgemäß sind Wechselausstellungen unterschiedlich kostenintensiv. Reine Fotoausstellungen wären dabei mit ca. 500 Euro, Ausstellungen mit einer Mischung aus Objekten und Dokumenten mit ca. 900 Euro und Ausstellungen mit starkem Einsatz neuer Medien mit ca. 650 Euro jeweils pro Quadratmeter zu veranschlagen. Bei einer Wechselausstellungsfläche von 2.000 m² und zwei Wechselausstellungen pro Jahr ergibt dies jährliche Kosten zwischen 2 Millionen Euro und 3,6 Millionen Euro.

In diesen Kosten sind enthalten etwa Aufwendungen für: Ausstellungsarchitektur, Ausstellungslicht, Ausstellungsgrafik, Ausstellungsmedien (Hardware), dazugehörige Planerhonorare, Transport von Leihgaben, Erstellung von Reproduktionen/Faksimile/digitalen Exponaten/Audioguide. Nicht enthalten sind Personal- und Personalnebenkosten (Werkverträge, Workshops, Dienstreisen etc.), Aufwendungen für Marketingmaßnahmen und Begleitpublikationen.

Die ersten drei Wechselausstellungen des zukünftigen Dokumentationszentrums sind jedoch deutlich kostenintensiver und müssen mit 3.500 Euro pro Quadratmeter auf ca. 21 Millionen Euro berechnet werden, da erst durch sie ein Bestand an Ausstellungsarchitektur und -beleuchtung (Vitrinen, Podeste, Strahler etc.) aufgebaut wird, der späteren Wechselausstellungen zur Verfügung stehen kann.